Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 360. Sonntag den 29. Dezember 1850.

Abonnements-Anzeige.

Mit dem 1. Januar beginnt ein neues vierteljährliches Abonnement auf die Breslauer Zeitung.

Wir laden hierzu ein und bitten, die auswärtigen Bestellungen bei der nächsten Postanstalt so zeitig zu veranlassen, daß dieselben vor dem 1. Januar bei dem hiesigen Ober-Post-Amte eingegangen sind.

Die Breslauer Zeitung erscheint täglich des Morgens und nur am Montage des Nachmittags. Die Ablieferung zur Post erfolgt stets in promptester Weise. — Die hiesigen Abonnenten wollen die neuen Pränumerationsscheine in einer der unten genannten Kommanditen, welchen die Morgen-Ausgabe der Zeitung um 6 Uhr, die Nachmittags-Ausgabe um 5 Uhr geliefert wird, in Empfang nehmen.

Die stets wachsenden Ansprüche, welche an die großen Tagesblätter gemacht werden, steigern die Herstellungskosten in früher nicht geahnter Weise. Wir erinnern beispielsweise an die Geldopfer, welche die Beschaffung der telegraphischen Nachrichten erfordert.

Wenn wir dessenungeachtet die Preise für das Abonnement sowohl als für die Inserate nicht erhöhen, so werden wir dazu lediglich durch die starke Betheiligung des lesenden und inserirenden Publikums in Stand gesetzt.

Der vierteljährliche Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung ist nach wie vor am hiesigen Orte 1 Rthlr. 15 Sgr., auswärts im ganzen preußischen Staate 1 Rthlr. 24½ Sgr. incl. Porto. Die sechstheilige Petit-Zeile oder deren Raum wird den Inserenten mit 1¼ Sgr. berechnet.

Albrechtsstraße Nr. 27, bei Herrn Lauterbach.
Albrechtsstraße Nr. 39, bei Herrn Carl Straka.
Albrechtsstraße Nr. 52, bei Herren Stryck u. Tiesler.
Breitestraße Nr. 40, bei Herrn Hoyer.
Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 1, bei Herrn Rösner.
Buttermarkt Nr. 4 (Ring), bei Herrn R. Scholz.
Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 5, bei Hrn. Herrmann.
Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 9, bei Hrn. Schwarzer.
Goldene Radegasse Nr. 7, bei Herrn Pinoff.
Gräbschner Straße Nr. 1 a, bei Herrn Junge.
Junkernstraße Nr. 33, bei Herrn H. Straka.
Karlsplatz Nr. 3, bei Herrn Kraniger.
Klosterstraße Nr. 1, bei Herrn Beer.
Klosterstraße Nr. 18, bei Herrn Spring.
Königsplatz Nr. 3b bei Herrn F. Germershausen.
Kupferschmiedestraße Nr. 14, bei Herrn Fedor Riedel.
Matthiasstraße Nr. 17, bei Herrn Schmidt.
Neue Sandstraße Nr. 5, bei Hrn. Neumann u. Bürkner.
Neumarkt Nr. 12, bei Herrn Müller.
Neumarkt Nr. 30, bei Herrn Tietze.
Oderstraße Nr. 1, bei Herrn Breiter.
Ohlauer Straße Nr. 83, bei Herren Bial u. Comp.
Ohlauer Straße Nr. 55, bei Herrn C. G. Felsmann.
Ohlauer Straße Nr. 62, bei Herrn Rathstock.
Ohlauerstraße Nr. 75, bei Herrn Hoppe.
Reuschestraße Nr. 1, bei Herrn Neumann.
Reuschestraße Nr. 12, bei Herrn Eliason.
Reuschestraße Nr. 37, bei Herrn Sonnenberg.
Ring Nr. 6, bei Herren Josef Max u. Komp.
Ring Nr. 10/11, bei Herrn Hahn.
Rosenthalerstraße Nr. 4, bei Herrn Helm.
Sandstraße Nr. 12, bei Herrn von Langenau.
Schmiedebrücke Nr. 36, bei Herrn Steulmann.
Schmiedebrücke Nr. 43, bei Herrn Lücke.
Schmiedebrücke Nr. 56, bei Herrn Leyfer.
Schweidnitzerstr. Nr. 36, bei Herren Stenzel u. Comp.
Schweidnitzerstr. Nr. 50, bei Herrn Scholz.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 4, bei Herrn Böncke.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 6, bei Herrn Lorcke.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 7, bei Herrn Scheurich.
Stockgasse Nr. 13, bei Herrn Karnasch.
Tauenzienplatz Nr. 9, bei Herrn Reichel.
Tauenzienstraße Nr. 71, bei Herrn Thomale.
Tauenzienstraße Nr. 78, bei Herrn Herrm. Enke.
Weißgerbergasse Nr. 49, bei Herrn Strobach.
Weidenstraße Nr. 25, bei Herrn Siemon.

Breslau, im Dezember 1850.

Graß, Barth und Comp., als Verleger der Breslauer Zeitung.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Kassel, 28. Dezbr. 2½ Uhr. Leiningen hat dem landständischen Ausschuß unter Androhung kriegsrechtlicher Strafen jede Zusammenkunft und weitere Thätigkeit untersagt.

Die Verordnung vom 24. ist von Leiningen dennoch heute veröffentlicht worden. — Weitere Exekutionen werden vorgenommen; unabgelieferte Waffen sollen durch Exekution eingetrieben werden.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

Dresden, 27. Dezember, 10 Uhr Morgens. Die Konferenzen sind heute um 1 Uhr angesetzt. Graf Buol ist für Oesterreich, Graf Bülow für Mecklenburg-Schwerin gestern eingetroffen. Ein oldenburgischer Bevollmächtigter fehlt noch. In der heutigen Sitzung wird eine Einigung über die Form der Berathung und über die Eintheilung der verschiedenen Materien bezweckt. Der Herr Minister-Präsident von Manteuffel kommt Morgen Mittag mit dem Fürsten Schwarzenberg nach Berlin.*) (C. C.)

Paris, 26. Dezember, Abends 8 Uhr. In der Legislativen ist das Hypothekengesetz beendigt worden.

Die „Debats" werden eines nicht signirten Artikels wegen verfolgt werden. — In dem Prozesse wider Allais ist das Zeugenverhör geschlossen. Chaix d'Estange, der Vertheidiger der Civilpartei, nennt Yon einen Mitschuldigen Allais, und gratulirt der Legislativen zu solchem Polizei-Kommissair. Das Urtheil ist erst spät in der Nacht zu erwarten.

Paris, 26. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 70. 5% 95, 70.

Madrid, 20. Dezember. Man glaubt, daß Mon das Finanzministerium übernehmen werde.

Hamburg, 27. Dezember, Nachmittag 2 Uhr 30 Minut. Getreide flau. Oel flau, p. Dezember 21, p. Frühjahr 22. Kaffee unverändert. Zink nichts umgegangen.

Stettin, 27. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen p. Dezember 35½, p. Frühjahr 37¼ bez. und Gld. Rüböl 10 7/12, p. Frühjahr 10¾ Br. Spiritus 23, p. Frühjahr 21¼ Gld.

*) Nach einer Mittheilung der D. Ref. sind für den Fürsten Schwarzenberg Zimmer im königl. Schlosse in Bereitschaft gesetzt.

Uebersicht.

Breslau, 28. Dezember. Die Nachrichten aus Berlin sind ohne jede Wichtigkeit und jedes Interesse, der Brennpunkt der deutschen Politik hat sich gegenwärtig in Dresden konzentrirt.

Durch Mittheilung unseres gut unterrichteten △-Korrespondenten sind wir in Stand gesetzt, den größten und wichtigsten Theil der Rede, mit welcher der österreichische Premier-Minister Fürst Schwarzenberg die Ministerial-Konferenzen zu Dresden eröffnete, wörtlich wiederzugeben. (S. Deutschland.) Unsere Dresdner ≙-Korrespondenz kommt ausführlicher auf die bei derselben Gelegenheit gehaltene Rede des baierschen Ministers v. d. Pfordten zurück.

Gestern (27. Dez.) ist zu Dresden wieder eine allgemeine Konferenz abgehalten worden, in welcher die Sektionen gebildet werden sollten, die sich mit den einzelnen Materien der deutschen Bundes-Verfassung beschäftigen. Auch sollte die Form der Berathungen bestimmt werden.

Die Einigkeit und das Einverständniß der beiden Premier-Minister Schwarzenberg und Manteuffel soll jetzt vollständig hergestellt sein. Dieselbe wird sich weniger in einer gemeinsamen Vorlage an die Versammlung als bei den Abstimmungen zeigen. — In Bezug auf die Präsidialfrage ist zwar noch nichts entschieden, doch übt der österreichische Minister Schwarzenberg das Präsidium bereits faktisch aus.

Die Unions-Regierungen wenden sich, wie von den verschiedensten Seiten gemeldet wird, immer entschiedener von Preußen ab. Unsere Dresdner Korrespondenzen schildern die Gruppirungen, welche die deutschen Bevollmächtigten gegeneinander bilden. Gegen die einverstandenen österreichischen und preußischen Minister gruppiren sich die Abgesandten der Königreiche und gegen diese wiederum die Bevollmächtigten der kleineren Staaten.

Der holsteinsche Abgesandte, Graf Reventlow, hat bereits eine Unterredung mit dem österreichischen Premierminister gehabt, bei welcher letzterer dem ersteren rundweg erklärte: daß sofort die Entwaffnung des holsteinschen Heeres eintreten müsse, erst dann würden die deutschen Regierungen im Stande sein, die Rechte der Herzogthümer nach dem Bundesbeschlusse vom 17. Sept. 1846 möglichst zu wahren. Sei aber die Mission der Kommissare Mensdorf (so heißt nämlich der neuernannte österreichische Kommissar für Schleswig-Holstein) und Thümen eine vergebliche, so müsse Oesterreich und Preußen bewaffnet einschreiten. Der holsteinsche Bevollmächtigte erklärte eben so offen als energisch: die Statthalterschaft müsse ihr Recht mit den Waffen in der Hand schützen, und lieber wolle sie durch Deutsche untergehen als sich den dänischen Anmaßungen fügen.

Auch in Betreff der kurhessischen Angelegenheiten hat man bereits zu Dresden konferirt. Anfangs konnte man über die Mittel, eine Ausgleichung zu bewirken, nicht einig werden, zuletzt aber verständigte man sich dahin, daß der Kurfürst schleunigst rückkehren und die Kammern einberufen möge. (Wahrscheinlich ist die bereits gestern gemeldete Rückkehr des Kurfürsten nach Kassel eine Folge dieser Einigung.)

Nachrichten aus Dresden melden: daß England den Eintritt des gesammten Oesterreichs in den deutschen Bund nicht zugeben werde. — Auch ist ein brittischer Oberst in Dresden, dem eine Mission in den schleswig-holsteinischen Angelegenheiten anvertraut worden ist.

Die österreichische Diplomatie ist in Dresden sehr stark vertreten, von allen Seiten stellen sich österreichische Gesandte und Diplomaten in genannter Stadt ein. Auch der österreichische Bevollmächtigte, Graf Buol, ist angekommen. Desgleichen der Bevollmächtigte für Mecklenburg-Schwerin, Graf Bülow. Nur der oldenburgische fehlt noch.

Der Ministerpräsident v. Manteuffel ist in Dresden sehr thätig. Täglich trifft von Berlin ein Kanzlei-Beamter bei ihm ein, welcher ihm die eingegangenen Sachen überbringt, die sofort erledigt und den andern Tag wieder nach Berlin geschafft werden. — Minister v. Manteuffel wird den 28. Dezbr. nach Berlin zurückkehren. Ihn begleitet der österreichische Premier-Minister Fürst Schwarzenberg; für welchen in dem königlichen Schlosse zu Berlin bereits Zimmer in Bereitschaft gesetzt worden sind.

Eine Korrespondenz der Augsb. Allgem. Ztg. aus Frankfurt a. M. macht uns mit den verschiedenen Wünschen und Bestrebungen bekannt, welche die deutschen Regierungen in Bezug auf die Gestaltung der deutschen Verfassung hegen und befolgen.

Auch die Stadtverordneten der Hauptstadt Hannover haben sich den vielen Städten und Ortschaften dieses Königreichs zugesellt, welche in Adressen und Immediat-Vorstellungen für eine nationale Gestaltung der deutschen Verfassung und für Wahrung der Rechte Kurhessens und Schleswig-Holsteins sich bei der Landesregierung verwendet haben. Wir theilen die Adresse unter dem Artikel Hannover wörtlich mit.

Man erfährt nun noch einen anderen Grund der Entlassung des Generals Willisen aus holsteinschen Diensten. Derselbe ist nämlich gefragt worden: ob er vor der Entscheidung der deutschen Diplomatie noch so viel von Schleswig wieder erobern wolle als möglich sei? Hierauf habe Willisen geantwortet: daß er erst abwarten wolle, was die Diplomatie über Schleswig-Holstein beschließen werde. Hierauf sei er entlassen worden. — Uebrigens werden die Rüstungen Seitens des holsteinschen Heeres mit erneuter Lebendigkeit betrieben, die neuen Rekruten werden eingekleidet und ausgebildet, die Festung Rendsburg stark verproviantirt ꝛc. Alles läßt schließen, daß bald blutige Thaten folgen werden.

Wie die Berliner ministerielle C. C. meldet, werden mit dem Beginn des nächsten Jahres die polnischen Grenzbeamten in dem russischen Polen entlassen und durch russische Beamte ersetzt werden. Dieselben sollen militärisch organisirt und an Zahl noch einmal so stark als bisher werden.

Die neueste Nummer des Wiener ministeriellen „Lloyd" enthält eine Nachricht, welche in ganz Deutschland und besonders in Preußen die schmerzlichste Betrübniß und Besorgniß hervorrufen dürfte. Das österreichische ministerielle Organ meldet nämlich:

> Daß man sich zu Dresden über den **Marsch der Exekutions-Truppen nach Holstein geeinigt habe. Preußen hat seine Zustimmung zu dem Marsche derselben durch sein Gebiet gegeben. Sie werden sofort per Eisenbahn über Magdeburg nach dem Ziele ihrer Bestimmung befördert werden.**

Bemerkenswerth ist, daß wir diese niederschlagende Nachricht zuerst durch eine Wiener Zeitung erhalten, während die neuesten Berliner ministeriellen Blätter weder in den telegraphischen noch in den andern halboffiziellen Nachrichten hiervon etwas erwähnen. Ob wohl Schaamgefühl der Grund dieser Zurückhaltung sein mag?

Berichte aus Konstantinopel melden, daß die Türken bei einem Kriege zwischen Rußland (im Verein mit Oesterreich) und Preußen gegen die Russen würden marschirt sein. Der nach Berlin abgereiste türkische Fürst Karadscha soll in dieser Beziehung dem preußischen Hofe die freundschaftlichsten Anträge überbringen.

Breslau, 28. Dezember.

Der Eintritt Oesterreichs mit seinem ganzen Ländergebiete in den deutschen Bund reicht allein schon hin, um alle heuchlerischen Berufungen auf die Bundes-Akte und alle lügenhaften Versicherungen von der Heilighaltung des Rechtes zu widerlegen.

Wenn auch die Geschichte der Jahre 1848 und 1849 vollständig wegradirt werden könnte und von allem Geschehenen nichts übrig bliebe, als die Umformung der österreichischen Staaten zu einem Gesammtstaate, so wäre doch schon durch diese eine Thatsache der rechtliche Zusammenhang zwischen dem alten und dem neuen Bunde zerrissen und die Kluft zwischen dem alten und dem neuen Bundestage unausfüllbar geworden.

Die Lehre von der Kontinuität des Bundesrechtes ist eine Lüge, welche man dem deutschen Volke aufbürdet, eine Lüge, welche nur darum so wenig Entrüstung erweckt und so wenig ernsten Widerspruch erfährt, weil sie uns mit einem reichen Vorrathe anderer offizieller Lügen nur beiläufig mit in den Kauf gegeben wird, weil das ganze theoretische und praktische System des neuen Bundestages in allen seinen einzelsten Einzelheiten so durchaus lügenhaft, rechtsbrüchig und despotisch ist, daß die Entrüstung gar keinen einzelnen Punkt findet, auf den sie vorzugsweise sich werfen könnte.

Die Bundes-Akte kennt keinen Gesammtstaat Oesterreich, kennt keinen Bundestagsgesandten des Kaiserstaates, welcher zugleich als Vertreter der ungarischen, italienischen und polnischen Landestheile Oesterreichs am Bundestage zu fungiren berechtigt wäre. Die Bundes-Akte kennt nur die österreichischen Bundesländer und betrachtet den Kaiser von Oesterreich nur wegen dieser als Bundesglied. Der König von Ungarn ist ihr völlig fremd, und der Bundestagsgesandte Oesterreichs hat von diesem keinerlei Instruktionen einzuholen, ja er würde bundesbrüchig werden, wenn er nach Instruktionen stimmen wollte, die er von diesem erhalten hätte.

So bestand das Bundesrecht bis zur Emanirung der österreichischen Gesammtverfassung, so war der Bestand des Bundestages bis zu seiner Aufhebung.

Ob der Bundestag von da ab nur geschlummert oder wirklich im Grabe gelegen, ob sein Recht erloschen war oder nur geruht hat, ob der im Sommer dieses Jahres wieder auferstandene der leibhaftige alte oder ein neuer war, kann hier ganz bei Seite gelassen werden. Eine Thatsache wird aber selbst die frechste Lügenhaftigkeit nicht bestreiten können, die Thatsache: daß von dem Tage des Jahres 1848 ab, wo der Bundestag seine Wirksamkeit für beendet erklärte, bis zu dem Tage im Jahre 1850, wo eine Gesellschaft von Diplomaten sich zuerst als Bundes-Plenum und dann als engerer Rath aufthat, Sitzungen und Funktionen des Bundestages nicht stattgefunden haben, daß aber in dieser Zwischenzeit ein abgesondertes österreichisch-deutsches Bundesgebiet zu bestehen aufgehört hatte, daß der Kaiser von Oesterreich inzwischen auch rechtlich mit dem Könige von Ungarn ꝛc. eine Person und die Regierung des Kaiserstaates in untheilbarer Einheit auch die Regierung von Ungarn, Italien, Galizien u. s. w. geworden war.

Mag also der wieder erweckte Bundestag sonst durchgängig der alte geblieben sein, eine Veränderung muß man anerkennen, die rechtliche und faktische Veränderung in der Person des österreichischen Bundestagsgesandten. Dieser trat ein als Bevollmächtigter des österreichischen Gesammtstaates, also in gleicher Weise für die bisherigen Bundesländer, wie für die außerdeutschen Landestheile Oesterreichs. So war der Bundestag über Nacht aus einem deutschen zu einem ungarisch-polnisch-italienisch-deutschen Bundestage geworden. Diese Veränderung ist ohne jede rechtliche Vermittelung innerhalb der Bundes-Organe auf durchaus revolutionärem Wege vor sich gegangen. Kein Organ des deutschen Bundes hat jemals das neue Bundesglied anerkannt, die Umwandlung Oesterreichs ist neben dem Bunde und ohne alle Rücksicht auf den Bund erfolgt. Der österreichische Bundestagsgesandte hat ohne jede Legitimation den sogenannten Bundestag wieder eröffnet und den unter diesem Namen versammelten Diplomaten sich angeschlossen und so ist schon aus diesem Grunde nicht nur dieser sogenannte neue Bundestag durchaus nicht mehr das Organ des deutschen Bundes, sondern auch dieser deutsche Bund selbst ist von Oesterreich zerstört worden.

Bis hierher ist alles Geschehene revolutionär und bundesbrüchig.

Es wird aber auch Alles, was noch geschehen mag, revolutionär und bundeswidrig bleiben, denn der Weg ist abgeschnitten, welcher auf den Pfad des Bundesrechtes zurückführen könnte. Nur wenn es möglich wäre, den alten Bundestag, den Bundestag, wie er im Sommer 1848 sich auflöste, wieder herzustellen, nur wenn dieser alte Bundestag die Aufnahme Oesterreichs beschlösse, nur dann könnte — vorausgesetzt, daß die bundestäglichen Theorien im Uebrigen nicht grundfalsch wären — von einer rechtlichen Continuität des Bundes, der Bundes-Verfassung und der Bundes-Organe die Rede sein.

Eine solche Zurückführung des Bundes auf seinen rechtlichen Bestand wäre aber nur dann möglich, wenn Oesterreich seinen Gesammtstaat wieder auflösen und für seine deutschen Bundeslande ausschließlich einen Gesandten beim Bunde ernennen wollte.

Natürlich ist daran gar nicht zu denken.

Oesterreich, der Gesammtstaat, nicht das deutsche Bundesland ist in Dresden vertreten. Ob man über die Aufnahme des ganzen Oesterreichs noch unterhandelt, oder ob man sich bei der vorhandenen Thatsache beruhigt, bleibt sich rechtlich ganz gleich, zum alten deutschen Bunde gelangt man doch nicht wieder zurück, denn die in Dresden versammelten Diplomaten sind gar nicht mehr das Organ der Regierungen des deutschen Bundes, sie sind das Organ eines projektirten mittel-europäischen Reiches und was sie immer zu Stande bringen, es wird eine neue staatliche Schöpfung sein, die weder die Rechte noch die Pflichten des alten Bundes geltend machen kann.

Selbst wenn der österreichische Gesandte erklären wollte, daß er zunächst nur Namens der ehemaligen Bundesländer Oesterreichs sich an den Konferenzen betheiligen wolle, würde dadurch in der Sache nichts geändert werden. Es giebt keine Staatsgewalt in Oesterreich, welche ihm eine nur auf das Bundesgebiet beschränkte Vollmacht ertheilen könnte, denn das Wiener Kabinet bleibt rechtlich der österreichischen Gesammtvertretung verantwortlich, die Trennung der einzelnen Gebietstheile hat aufgehört und das österreichisch-deutsche Bundesgebiet entbehrt jedes Organes.

Wären die Regierungen, wie sie es nicht scheinen, an Recht und Gesetz gebunden, so könnte in Dresden von einer Aufnahme Oesterreichs in den deutschen Bund ohne Weiteres gar nicht die Rede sein. Es könnte sich nur darum handeln, ob man in den alten deutschen Bund, aus welchem Oesterreich durch seine Gesammtstaatsverfassung sich freiwillig ausgeschlossen hat, das neue Oesterreich aufnehmen wolle, oder ob man statt des alten deutschen Bundes ein neues Bündniß der ehemaligen Glieder desselben und Oesterreichs errichten wolle.

Der erste Fall ist rechtlich nicht unmöglich, denn dadurch, daß ein Glied sich losgerissen, ist der rechtliche Bestand des Bundes nicht aufgehoben. Dann aber könnte nicht von einer Theilnahme Oesterreichs an den Berathungen die Rede sein. Vielmehr müßten zunächst die treugebliebenen Glieder des alten Bundes mit Ausschluß Oesterreichs sich neu konstituiren und dann erst durch das neugebildete Bundesorgan mit Oesterreich als einer fremden Macht über seinen Eintritt in den Bund in Unterhandlungen treten und die Bedingungen seines Eintrittes feststellen.

Faktisch ist natürlich daran gar nicht zu denken. Der österreichische Kaiserstaat hat die rechtliche Mitherrschaft und die faktische Alleinherrschaft in Deutschland usurpirt und die deutschen Regierungen beugen sich vor dieser rechtlichen Monstrosität.

Der zweite Fall würde dem ehemaligen Standpunkte Preußens entsprechen. Würden die Dresdener Diplomaten sich auf diesen Boden stellen, so wären allerdings die freien Konferenzen, was sie nicht sind, ein neutraler Boden und — abgesehen von der berechtigten Mitwirkung der Volksvertretungen — eine konstituirende Macht. Von einer „Revision der Bundes-Verfassung", von einer „Geltung der Bundes-Grundgesetze bis nach erfolgter Revision" könnte dann keine Rede sein. Nur was in Dresden mit allseitiger Zustimmung neu vereinbart würde, könnte in Zukunft unbeschadet der bestehenden Verfassungen der Einzelstaaten als Bundesrecht gelten.

Natürlich ist auch daran wieder nicht zu denken, daß Preußen diesen seit zwei Jahren von ihm vertheidigten Standpunkt festhalten werde. Es wird sicher das alte Bundesrecht ebenso gegen sich gelten lassen, wie es die Beschlüsse des neuen Bundestages gegen sich gelten läßt. Auf die „Revision der Bundesverfassung" ist es bereits eingegangen und es wird zuletzt auf Alles eingehen, was man ihm zu bieten gelaunt ist, wie es bisher Alles, Alles hingenommen, was ihm frecher Uebermuth nur geboten hat.

So wird denn keiner der beiden Fälle eintreten, welche die Dresdener Konferenzen entweder auf den Boden des Bundesrechtes zurückleiten oder zur Begründung eines neuen Rechtsbodens führen könnten. Man wird des Abfalles Deutsch-Oesterreichs vom deutschen Bunde gar nicht gedenken, man wird den fremden Staat ohne Widerrede als die erste deutsche Macht

anerkennen und unter dem Präsidium seines Vertreters über die Revision des von Oesterreich gebrochenen Bundesrechts verhandeln, gradeso wie man in Gemeinschaft mit dem Gesandten des dänischen Königs über die Pacifikation des von diesem angegriffenen Bundeslandes berieth. Man wird sich an keinerlei Rechtsform binden, durch keinerlei Rechtsbedenken sich beirren lassen und doch bei allem Unrecht sich auf das bestehende Recht berufen.

Vielleicht ist es auch so am besten.

Die nächste Zukunft gehört in Deutschland offenbar der reinen Gewalt und der Bundestag wird nur die Organisation derselben darstellen. Wenn die Herstellung des neuen Kultus nur auf dem Boden der Gewaltthätigkeit fußt und jede Anknüpfung an das Recht verschmäht wird, so haben wenigstens Diejenigen noch eine Hoffnung auf ein baldiges Ende dieses Trauerspieles, welche das Recht auch für einen Faktor in dem Völkerleben halten.

Die Frage über den Eintritt des gesammten Oesterreichs in den Bund oder, wenn man will, über die Gründung eines neuen österreichisch-deutschen Bundes wird daher praktisch nur aus dem Gesichtspunkte der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit beantwortet werden können.

Für die Dresdener Konferenzen wird sich dieselbe darauf reduziren: ob die Polizei eines österreichisch-deutschen Bundestages stärkere Bürgschaften für die Erhaltung von Ruhe und Ordnung bietet, als die eines rein deutschen, oder — wenn Oesterreich selbst aus andern Gründen auf die Einverleibung ein großes Gewicht legt — ob eine hinlänglich starke Reichspolizei in einem europäischen Mittelreiche wenigstens möglich ist.

Die Völker, welche eine positive Hoffnung in die Dresdener Konferenzen gar nicht setzen können, werden den Werth des neu zu gründenden Organismus nur nach dem stärkern oder geringern Grade der Hemmung zu schätzen haben, den er in dieser oder jener Gestalt ihrer freien Entwickelung entgegenstellen könnte. Für Preußen insbesondere wird sich alle Aufmerksamkeit darauf konzentriren müssen, daß seine Staatsmänner wenigstens nicht seine ganze Habe in den österreichischen Glückstopf werfen, damit bei dem unausbleiblichen künftigen Banquerott der neuen Bundeswirthschaft noch ein bescheidener Rest eines selbstständigen Preußens übrig bleibe, um die Summe deutscher Kraft von Neuem um sich zu sammeln, welche Oesterreich und sein Bundestag bis dahin etwa noch nicht vernichtet und vergeudet haben möchte.

Preußen.

Berlin, 27. Dez. Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz ist von Neu-Strelitz hier eingetroffen.

Das General-Postamt macht in dem heutigen St.-Anz. bekannt: daß die Post-Verwaltung des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin dem deutsch-österreichischen Postvereine beigetreten ist.

Angekommen: Se. Erzellenz der großherzoglich hessische Staatsminister, Freiherr v. Dalwigk, von Dresden.

C. B. **Berlin**, 27. Dezbr. [Tagesbericht.] Vom 1. Januar künftigen Jahres ab werden die Darlehnskassen zu Aachen, Stolp, Halle und Mühlheim a. R. eingehen. Die Darlehnskasse zu Münster ist bereits eingegangen. Es werden demnach im nächsten Jahre nur noch fortbestehen die Darlehnskassen zu Berlin, Breslau, Königsberg, Köln, Danzig, Elbing, Posen, Frankfurt, Görlitz, Stettin und Gleiwitz. — Es ist bekannt, daß die preußische Regierung in Folge der Verwickelungen, die bereits gegen das Ende des Jahres 1848 bei der Bildung der deutschen Marine in Frankfurt a. M. eintraten, wie in Folge der Weigerung einiger größerer deutschen Staaten Beiträge zur deutschen Flotte zu leisten, sich entschloß, die fernere Einzahlung von Flottenbeiträgen ebenfalls zu inhibiren, und die dafür bestimmte Summe direkt zum Bau von preußischen Schiffen zu verwenden. Die Kammern erklärten sich in der letzten Session hiermit einverstanden, und es ist Seitens der königl. Regierung in der diesjährigen Session eine Nachweisung über die Verwendung der pro 1850 verwilligten Summen für die Marine zu erwarten. Bei der Fortführung maritimer Einrichtungen hielt sich die preuß. Verwaltung an den Plan, welchen die technische Reichsmarine-Kommission zur Organisation einer deutschen Flotte, in Rücksicht auf ihre nächste Bestimmung, die Küsten von Norddeutschland und seinen Handel auf offenem Meere zu schützen, entworfen hatte. Die technische Reichsmarine-Kommission hielt im Ganzen die Erbauung von 15 Segelfregatten, 5 Dampffregatten, 20 Dampfkorvetten, 10 Dampfavisos, 5 Schoonern und 80 Kanonen-Schaluppen für erforderlich; 40 Kanonen-Schaluppen bestimmte dieser Plan in specie für die preußischen Küsten. An diese beabsichtigte Organisation der deutschen Flotte anknüpfend, erbaute die Regierung bis gegen Ende des vorigen Jahres an preußischen Schiffen: 1 Segelkorvette, 2 Dampfschiffe, 36 Kanonenschaluppen und 6 Jollen; 15 Kanonenschaluppen waren damals im Bau begriffen, und sind, so viel wir wissen, während des laufenden Jahres vollendet worden. — [In dem Etat des Handels-Ministeriums für 1851] ist zur Förderung allgemeiner gewerblicher und Handelszwecke eine Gesammtsumme von 281,024 Rtl. ausgeworfen, und unter einzelnen Posten spezialisirt worden. Unter diesen finden sich folgende:

1) für wissenschaftliche Versuche im gewerblichen und Handelsgebiete ꝛc.	4,000 Rtl.
2) zu Prämien für neue Erfindungen im Gewerbewesen	2,000 Rtl.
3) zu Unterstützungen an Privaten und Vereine zur Förderung der Industrie und des Handels, durch die Einführung neuer Industriezweige	15,000 Rtl.
4) Diäten ꝛc. für Reisen der Handelsagenten in allgemeinen Handels- und gewerblichen Angelegenheiten zur Auffindung neuer Handelswege ꝛc.	6,000 Rtl.
in Summa	27,000 Rtl.

Es ist gewiß anzuerkennen, wenn der Staat im besonderen Interesse und zur Förderung der Industrie und des Handels eine so ansehnliche Summe, wie die ebengenannte, verwendet, und es leuchtet ein, daß mit diesen Mitteln den beiden Zweigen der nationalen Thätigkeit wesentliche Dienste geleistet werden können. — Für Anhalt-Bernburg werden in der Kürze mehrere Hunderttausend Thaler neuer Kassenanweisungen emittirt werden. Der Druck derselben wird hier in Berlin unter Aufsicht eines bernburgischen Regierungsbevollmächtigten vollzogen.

Das Präsidium des hiesigen Stadtgerichts soll vor einigen Tagen durch die zuständige Militärbehörde davon benachrichtigt worden sein, daß sämmtliche zur Landwehr einberufene Beamte aus dem Militärdienst vorläufig entlassen und in ihre Civilämter wieder eintreten würden. — Die Familie des Herrn v. Radowitz, welche bisher in Erfurt lebte, gedenkt diesen Winter hier in Berlin zuzubringen. Ueber die Rückkehr des Generals aus England verlautet noch nichts. — Die neueste Nummer des Amtsblattes der königl. Postverwaltung enthält u. A. eine Verfügung, nach welcher vom 1. Januar k. J. ab, die Eisenbahn-Route von Breslau über Oderberg nach Wien für den Fahrpost-Verkehr zwischen Preußen und Oesterreich eröffnet und demgemäß zwischen Berlin, Breslau, Ratibor und preuß. Oderberg einerseits und Wien und österr. Oderberg andererseits ein direkter Fahrpost-Kartenwechsel eingeführt wird. — Von denjenigen Militärpersonen, welche in Folge des königlichen Aufrufs jetzt aus der schleswig-holsteinischen Armee hierher zurückgekehrt sind, haben sich mehrere für die indische Armee der englisch-ostindischen Compagnie engagirt und sich dieserhalb von hier über Hamburg nach England begeben. Die sich deshalb hier aufhaltenden Agenten der genannten Gesellschaft sollen ein ziemlich hohes Reisegeld bewilligen. (C. Z.)

Bei der am 23. d. M. abgehaltenen Wahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer für den dritten Gumbinner Wahlbezirk (Tilsit) an Stelle des geheimen Raths Menzel, welcher abgelehnt hatte, ist der Kaufmann Meyer aus Memel gewählt worden und hat das Mandat angenommen.

Von den am 28. v. M. für den vierten Posener Wahlbezirk (Pleschen) gewählten Abgeordneten zur ersten Kammer, Rittergutsbesitzer v. Szoldrzynski auf Lubasz und v. Ostrowski auf Gutow hat nur der Erstere die Wahl angenommen. Es wird daher für den v. Ostrowski am 30. d. M. eine neue Wahl stattfinden.

Der Abgeordnete zur ersten Kammer für den dritten Oppelnschen Wahlbezirk (Ratibor), Stabs-Arzt Dr. Kuh hat sein Mandat niedergelegt. Derselbe fungirt gegenwärtig als Dirigent eines Feld-Lazareths bei Neumarkt in Schlesien.

Am 23. d. M. kamen hier 353 Personen an und reisten 428 ab. Am 24. kamen 392 an und reisten 451 ab. Am 25. kamen 238 an und reisten 217 ab, darunter der königl. großbrittannische Kabinets-Kurier Haveland nach Wien, der französische Kabinets-Kurier Lippmann nach Köln und der herzoglich nassauische Präsident Vollpracht nach Wiesbaden.

Brandenburg, 26. Dez. Das Hauptquartier des General-Lieutenants Fürsten v. Radziwill wird am 9. Januar k. J. hierher verlegt werden.

Stettin, 27. Dezember. [Marine.] Das hiesige Privatkomité für den Bau von Kriegsfahrzeugen zur deutschen Flotte hatte bekanntlich unternommen, auf der Werfte des Herrn Schiffsbaumeisters Schüler einen Kriegsschooner von 6 Kanonen bauen zu lassen, jedoch muß der Fortbau wegen Mangel an Geldmitteln eingestellt werden. (Ostsee-Z.)

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

△ **Dresden**, 27. Dezbr. [Schwarzenbergs Rede bei der Eröffnung der Konferenz.] „Ich hege das Vertrauen, meine Herren, daß nicht nur der gemeinsame und große Zweck dieser Zusammenkunft uns hier vereiniget hat, sondern auch der Jeden von uns beseligende Wunsch, diesen Zweck möglichst bald vollständig erreicht zu sehen und dazu nach Kräften beizutragen. Die dankenswerthe Bereitwilligkeit, mit welcher Ihre hohen Vollmachtgeber der an dieselben ergangenen Einladung von Oesterreich und Preußen entsprochen, und die Wahlen, welche sie bei der Entsendung ihrer Vertreter getroffen haben, sind eine Bürgschaft, daß wir im Geiste der Eintracht versammelt das Werk der Einigung mit Erfolg beginnen. Der deutsche Bund, hervorgegangen aus einem Bedürfnisse, zu dessen Erkenntniß eine an weltgeschichtlichen Ereignissen reiche Zeit durch die von ihr uns dargebotenen Lehren geführt hat, ist während eines Zeitraums von 33 Jahren einer der Hüter des allgemeinen Friedens gewesen und hat wesentlich zur Erhaltung desselben beigetragen. Aber auch im Innern Deutschlands hat er des Guten vieles gestiftet, obwohl dies von Manchen verkannt und von manchem Andern nicht anerkannt worden ist, weil der deutsche Bund nicht in ihrem Sinne wirkte oder weil derselbe nicht alles Gute ins Leben rief, wozu weise Voraussicht die Keime in seine Verfassung gelegt hatte. Mag auch dieser letztere Vorwurf Wahres enthalten, so dürfte derselbe dennoch durch die Erwägung gemildert werden, daß es nichts Menschliches gebe, das durchaus vollkommen ist. Was der Bund aber jedenfalls Ersprießliches geleistet hat, zeigt uns ein Rückblick auf den reichen Segen, welcher sich unter seinem Schutze über Deutschland verbreitet hat, und ein Blick auf die Zustände der Gegenwart, deren Entwickelung wir einer Zeit verdanken, in der jener Schutz nicht mehr ausreichend wirksam sein konnte. Auch diese Zeit kann lehrreich für uns werden und uns, wie es einstens der Fall war, auch dieses Mal ernstlich mahnen, die theuer erkauften Erfahrungen zu nutzen. Dieselben haben gezeigt, daß Versuche, durchaus Neues zu schaffen, nicht zum Ziele führen. Sie haben bewiesen, daß die Grundlagen, auf denen der Bund ruhte, nicht nur gut und brauchbar, sondern selbst die einzigen seien, welche für ein Gebäude taugen, in dem eine Gemeinschaft von Staaten, wie sie Deutschland in sich begreift, in Eintracht und zu allseitiger Wohlfahrt zusammenzuleben vermag. Diese Erfahrungen haben auch zugleich die Mängel erkennen lassen, welche die bisherige Verfassung des Bundes hatte, und die Lücken in derselben angedeutet, deren Ergänzung ein Bedürfniß geworden.“ ....

Im weiteren Verlauf seiner Rede, deren erste und wichtigste Hälfte wir mitgetheilt haben, berührte Fürst Schwarzenberg den Hauptpunkt, die Kräftigung der obersten Bundesbehörde, und dankte Sachsen für seine bereitwillige Aufnahme der Konferenz.

Dresden, 25. Dezbr. Heute am ersten Weihnachtsfeiertage besuchte der größte Theil der Bevollmächtigten die Kirche. — Herr Ministerpräsident v. Manteuffel hörte die treffliche Predigt des Dr. Harleß in der Schloßkirche.

Von Berlin trifft täglich ein Kanzleibeamter mit den eingegangenen Sachen für den Herrn Ministerpräsidenten ein, der in seiner gewohnten Thätigkeit Alles bearbeitet, und dieselben gewöhnlich am andern Morgen erledigt mit dem Tags vorher angekommenen Büreaubeamten zurücksendet. (D. Ref.)

Ein oldenburgischer Bevollmächtigter fehlt noch, weil die designirte, oft genannte Persönlichkeit an einer gewichtsvollen Seite nicht genehm war, die ungern an die Thätigkeit der Frankfurter Versammlung im Jahre 1848 durch Wiederkehr von Namen erinnert ist. — Von namhaften Personen ist noch eingetroffen der bekannte englische Oberst White, ein antipreußischer Korrespondent der Moring-Chronicle, welcher eine Mission wegen der schleswig-holsteinischen Angelegenheit haben soll. Morgen werden verlautlich in der Konferenzsitzung Sektionen gebildet werden, um die einzelnen Materien der Bundesgesetzgebung einer erneuerten Bearbeitung zu unterziehen. — Ich erfahre, daß England den Eintritt der gesammten österreichischen Monarchie in den deutschen Bund nicht zugeben will. — Gestern Mittag 1 Uhr hatten die Konferenz-Bevollmächtigten eine Audienz bei den Prinzessinnen k. H. (N. P. Z.)

△ **Dresden**, 26. Dezember. Die Aufforderung zur ersten Sitzung, welche die Eröffnungsreden brachte, ging vom sächsischen Ministerium des Auswärtigen aus; die Feststellung der ersten ordentlichen Session nach Prüfung der Kreditive dagegen vom Fürsten Schwarzenberg, der das Präsidium faktisch ausübt. Die Stimmung der ehemaligen Unionsstaaten ist Preußen entschieden ungünstig, selbst Anhalt-Dessau und vielleicht noch mancher andere denkt daran, dem Beispiele Oldenburgs und Nassau's zu folgen. Die Entscheidung der akuten Fragen über Exekutive, Stellung des Bundes-Rathes u. s. w. muß in wenigen Tagen erfolgen; die Revision der Bundes-Verfassung aber wird viel Zeit kosten. Ich glaube, daß Fürst Schwarzenberg und Herr v. Manteuffel über die Hauptfragen einig sind; der eigentliche Kampf wird von den Königreichen geführt werden. Um sie zu beschwichtigen, wird man von der Exekutive, die nach Außen, und, soweit die Sicherheit des Ganzen dabei berührt wird, auch nach Innen von den beiden Großmächten gehandhabt werden soll, gewisse Funktionen ablösen, um sie den kleineren Staaten zu gewähren. Oesterreich denkt ernstlich an seine Zolleinigung, an die Ausführung des alten Bruckschen Planes. Hassenpflug scheint heimlich hier gewesen zu sein, aber sich wieder entfernt zu haben.

Nachträglich mag über die Eröffnung noch bemerkt werden, daß Hrn. v. Beust's Worte nur eine höfliche Erwiederung auf den Dank des Fürsten Schwarzenberg für die Aufnahme der Konferenz in Sachsen waren. Hr. v. Manteuffel dankte den Staaten für die Willigkeit, mit der sie der Einladung nachgekommen. Etwas überraschend war es, als v. d. Pfordten das Wort ergriff und zwar nicht von Volksvertretung beim Bunde, aber von den Wünschen der Nation sprach, denen Rechnung getragen werden müsse.

In den Privatbesprechungen zwischen Fürst Schwarzenberg und Herrn v. Manteuffel wurde u. A. auch das Recht der Unirung debattirt. So viel ist klar, daß wenn die Sanktionirung der hiesigen Beschlüsse von „der Zustimmung Aller“ abhängt, wie das Einladungsschreiben es in Aussicht stellt, nichts zu Stande kommt: Sachsen und Hannover wollen Baiern keine Bevorzugung lassen und die kleinen Staaten protestiren ebenso gegen jede Bevorzugung der Königreiche. Ein Theil der Dissentirenden wird nachgeben müssen.

△ **Dresden**, 26. Dez. Ich habe vor Allem einen wichtigen Punkt über die Eröffnungs-Sitzung nachzutragen, den ich übersehen hatte: ich hatte nämlich der Rede nicht erwähnt, die Herr von der Pfordten als Vertreter Baierns hielt, und in welcher er auf die Nothwendigkeit einer Volksvertretung beim Bunde hindeutete. Es liegt die Vermuthung nahe, daß die Vertreter fast aller kleineren Staaten sich hinsichtlich dieses Punktes an Baiern anschließen werden, wie andererseits Seitens der Großmächte die Berathung hierüber möglichst hinausgeschoben werden dürfte, denn das ist unzweifelhaft, daß die mittleren und kleineren Staaten in einer solchen Volksvertretung eine wesentliche Stütze für ihre Selbstständigkeit finden werden, und je mehr von Preußen und Oesterreich die dualistische Gestaltung der Dinge angestrebt wird, um so mehr werden sie sich daher gegen diesen Vorschlag sträuben, auch ganz abgesehen von den sonstigen politischen Gründen und Rücksichtnahmen.

Nach Redressirung dieses Versehens nehme ich denn meinen regelmäßigen Tagesbericht wieder auf: Wie ich aus zuverlässiger Quelle höre, hat sich die Situation seit gestern wesentlich verändert. Wenn man nämlich daran festhält, daß das Hauptgewicht der hiesigen Verhandlungen zunächst in der persönlichen Verständigung zwischen dem Fürsten Schwarzenberg und dem Herrn v. Manteuffel liegt, wenn man sich ferner erinnert, daß sich zwischen Beiden vom Anfang an wesentliche prinzipielle Differenzen herausgestellt hatten, so wird man zugestehen müssen, daß ein wichtiger Schritt vorwärts geschehen ist, indem durch die gestern und heute täglich zweimal fortgesetzten Privat-Besprechungen der beiden Minister diese Divergenz-Punkte in diesem Augenblicke bereits als wesentlich beseitigt angesehen werden können. Wie so oft, so wirkte auch hier ein ganz zufälliger Umstand wesentlich mit, nämlich gerade das Dazwischenfallen des Festes; denn gerade hierdurch gewann man die Zeit zu einer privaten Verständigung, ehe durch eine Fortsetzung der Plenar-Sitzungen die Spaltungen in ihrer ganzen Schärfe hervortraten. Man versichert mir, daß man von diesem Augenblicke an ein ziemlich einträchtiges Zusammenwirken der beiden Großstaaten in allen Hauptpunkten erwarten könne.

Graf Reventlow-Farve hatte gestern eine längere Audienz bei dem österreichischen Minister-Präsidenten. Wie sich erwarten ließ, erklärte ihm der Letztere rundweg, wie er zu nichts Anderem rathen könne, als zu einem einfachen Nachgeben und zu einer Entwaffnung der schleswig-holsteinischen Armee, denn nur so behielten die anderen deutschen Staaten die Möglichkeit, die Rechte der Herzogthümer noch so weit zu schützen, als dies nach dem Bundesbeschlusse vom 17. September 1846 möglich sei; füge man sich nicht, mißglücke also die Mission der sofort abzusendenden beiden Kommissarien, des Grafen Mensdorf und des Herrn v. Thümen, so werde man keinen Augenblick zögern, den wiederholentlichen Mahnungen auch den Nachdruck der That zu geben, indem dann Oesterreich und Preußen gemeinsam der Exekution Folge geben würden. Mit gleich offener Entschiedenheit soll Graf Reventlow geantwortet haben, wie die Statthalterschaft und **das Volk der Herzogthümer im vollen Gefühle ihres Rechts fest entschlossen seien, lieber mit Ehren und im Kampfe für ihre Rechte, sollte es sein müssen, selbst gegen Deutschland, unterzugehen, als sich freiwillig dem, was sie nur als dänische Anmaßungen betrachten könnten, zu fügen.** Hiermit wäre eigentlich die Mission des Grafen Reventlow bereits an ihrem Zielpunkte angekommen, denn er muß hiermit die Gewißheit erlangt haben, daß auf Seiten der deutschen Regierungen keine Hoffnungen mehr für die Herzogthümer liegen. Ich muß offen sein und hinzufügen, daß ich selbst den Vertreter derjenigen deutschen Regierung, welche fast noch als der letzte Hort für die Interessen der Herzogthümer aufgetreten war, sich dahin aussprechen hörte, wie jetzt, nachdem der Friede mit Dänemark ratifizirt sei, und nachdem die Gesammtheit der Großmächte sich gegen die Herzogthümer ausgesprochen hätte, nichts mehr übrig bleibe, als Amen zu sagen. Ich citire den Ausdruck wörtlich. Daß Graf Mensdorff-Pouilly zum österreichischen Bevollmächtigten nach Holstein ernannt sei, berichtete ich schon oben; jetzt höre ich noch, daß ein Herr v. Gablenz, Oberst vom österreichischen Generalstabe, ihm beigegeben und bereits nach Hamburg vorausgereist sei. Auch in Betreff der kurhessischen Angelegenheit fand bereits eine Besprechung statt. Ich erwähnte bereits früher, daß Graf Rechberg eine ausführliche Denkschrift über diese Frage ausgearbeitet habe, welche der Kognition des Plenums hier solle untergebreitet werden. Seitdem ist nun auch noch Herr v. Dörnberg hier eingetroffen, und so traten denn diese Beiden mit Herrn v. Baumbach, dem Vorstande des kurhessischen auswärtigen Ministeriums, dem Fürsten Schwarzenberg und Herrn v. Manteuffel gestern zu einer Berathung zusammen, bei der die Nothwendigkeit einer baldigen Erledigung der Frage allseitig anerkannt wurde. Ueber die Mittel freilich schieden sich die Ansichten, doch soll man auch hierüber schließlich dahin übereingekommen sein, daß es am ehesten zum Ziele führen würde, wenn der Kurfürst so bald als möglich nach Kassel zurückkehre, schleunigst eine neue Ständekammer einberufe und gleichzeitig erkläre, daß er nur bis zur Vereinbarung mit dieser neuen Kammer die bereits erlassenen Anordnungen aufrecht erhalten werde.

Nicht beim Herrn v. Beust, sondern beim Grafen Galen, preußischem Gesandten am hiesigen Hofe, war gestern großes diplomatisches Diner, und eben so ist das Fest beim Prinzen Johann bis heute aufgeschoben worden.

Die Zahl der österreichischen Staatsmänner mehrt sich noch immer. Fürst Schwarzenberg, Graf Rechberg und Herr v. Prokesch waren von Anfang an hier; gestern traf noch Herr v. Langen, der österreichische Gesandte in Hannover, und ein Herr v. Osterhusen hier ein. Graf Buol-Schauenstein kommt heute Abend.

△ **Dresden**, 27. Dezbr. Ueber die Sachlage bemerken wir für heute so viel, daß zwischen Fürst Schwarzenberg und Herrn v. Manteuffel eine vollständige Einigung erreicht ist. Das in Folge dessen verbreitete Gerücht, daß sie gemeinsame Vorlagen an die Konferenz machen würden, ist jedoch irrig; vielmehr wird sich die Einigkeit nur bei den Abstimmungen zeigen.

Herr v. Manteuffel reist morgen nach Berlin und wird bereits zum 1. Januar zurückerwartet. Fürst Schwarzenberg begleitet ihn nach Berlin. Graf Buol ist eingetroffen.

Frankfurt a. M., 22. Dezbr. [Die verschiedenen Wünsche und Bestrebungen in Betreff der deutschen Verfassungsfrage.] Im Widerspruch mit Berliner Nachrichten erzählt man sich hier, daß das Einverständniß zwischen den beiden Kabineten von Wien und Berlin über die Verfassungsfrage noch gar nicht weit gediehen, und nur darüber vollständig sei, daß die Exekutivgewalt verstärkt werden müsse. Auch daß bei der Neugestaltung die Befriedigung der Nationalforderungen ins Auge zu fassen sei, habe beiderseitige Anerkennung gefunden, ohne daß jedoch bis jetzt über die Art und Weise eine Verabredung vorliege. Von den Mittelstaaten sind es nur Baiern und Würtemberg, von denen man Anträge auf Volksvertretung beim Bunde gewiß erwarten kann. Aber auch nicht auf eine Nationalvertretung, sondern eine Staatenvertretung, da es die landständischen Versammlungen sind, aus welchen die Vertreter beim Bunde gewählt werden sollen, und nicht für die gemeinsamen Angelegenheiten dem Begriffe und dem Wesen nach, sondern für bestimmt bezeichnete. Von minder wichtigen Staaten erwartet man Anträge, die vielleicht noch besser durch die öffentliche Meinung getragen werden können. In diesen ist es den Regierungen zum Bewußtsein gekommen, daß ihre Fortexistenz und die Bewahrung ihrer Selbstständigkeit von einer die Nationalwünsche befriedigenden allgemeinen Verfassung und von einem starken Gegengewicht der gesetzgebenden und anordnenden Gewalt über die Exekutive abhänge. An eine gleiche Berechtigung wie vor 1848 kann man nicht mehr glauben; da aber die Machtverhältnisse gegenwärtig so entschieden in den Vordergrund getreten sind, so bleibt nur übrig, der überwiegenden Gewalt in der Repräsentation ein Gegengewicht zu geben, und ein solches wird zugleich Schutz und Schirm für die kleinen Souveränetäten sein. Es ist zu erwarten, daß von den früher und später der Union abtrünnig gewordenen Staaten dieses System angenommen werden wird, bis auf die ganz kleinen, wie die thüringer und anhalter, die unter allen Umständen mit Preußen gehen müssen, am Ende aber auch froh sind, wenn sie einen zweiten Beschützer neben und gegen den ersten finden können. Hannovers Politik wird mit den Bewegungen der Prozession in Echternach verglichen. Aber wenigstens muß man ihr nachrühmen, daß sie den eigenen Vortheil nicht übersehen hat. Entweder eine Repräsentation beim Bunde, um dem Volksverlangen einigermaßen genug zu thun, hauptsächlich aber, um dem Einfluß der Großmächte Schranken zu setzen, wo möglich ein Gruppensystem für das Innere und entsprechende Theilnahme an der Exekutive, oder Rückgang auf die Bundesverfassung von 1815 und 1820, welche die Gleichheit der Rechte aller Theilnehmer verbürgt. Insofern die Vertretung am Bunde wirklich jetzt noch geeignet ist, die Nationalforderungen zu befriedigen, scheint sich Vieles zu vereinigen, was sie wahrscheinlich machen kann, und der Partikularismus ist, was selten genug vorkommt, hier der Verbündete der Gemeinsamkeit. (Allg. Z.)

Frankfurt, 24. Dezbr. [Verschiedenes.] Im Palais auf der eschenheimer Gasse werden allerhand Reparaturen vorgenommen, deren eiliger Betrieb darauf hindeutet, daß man das Moment des Wiedereinzuges der „vollständigen“ Bundesversammlung in die alten Räume für nahe bevorstehend hält. Unter den hier Forttagenden wird nur die Sorge bemerkbar, daß sie theilweisem Personenwechsel nicht entgehen dürften. — Die nunmehr unter Preußens Augen verübten Gräuel in Kurhessen erregen hier durchweg eine unbeschreibliche Entrüstung. Zuverläßige Nachrichten aus Baiern und Würtemberg über dort in aller Stille und mit großem Eifer fortgesetzte Rüstungen erregen hier nicht wenig Befremden, um so mehr, als dieselbe Kunde auch aus Oesterreich eintrifft. Man will außerdem in wohlunterrichteten Kreisen wissen, daß die Regierungen von Baiern und Würtemberg fortwährend bemüht sind, sich eine Stütze in Frankreich zu verschaffen. (Const. Z.)

Der bei dem durchlauchtigsten deutschen Bunde als Vertreter Rußlands beglaubigte Fürst Gortschakoff ist dieser Tage von hier auf den von ihm in Stuttgart bekleideten Gesandtschaftsposten abgereist. Dem Vernehmen nach würde dieser Diplomat allererst nach dem russischen Neujahrsfeste nach Frankfurt wieder zurückkommen. Einstweilen versieht sein erster Legations-Sekretär die hiesigen Geschäfte. (Ref.)

Kassel, 24. Dez. (Abends.) Wir haben in unsern Mauern nicht blos Kriegszustand, sondern auch Krieg in bester Form, wenn er auch jeden Tag erst des Abends eintritt. Die Preußen liegen mit den Bundestruppen in stetem Streit, und schwerlich wird es dahin kommen, daß beide sich vertragen. Gestern Abend haben wiederum blutige Streitigkeiten zwischen den Bundestruppen und den Preußen an verschiedenen Orten stattgefunden. Zwei oder drei Baiern sind für todt vom Platze getragen worden. Heute Abend sind von den Baiern umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen, um Erzessen vorzubeugen oder doch zu ihren Gunsten zu entscheiden. Es ist in dem Realschulgebäude, welches ganz in der Nähe des Römischen Kaisers, wo das Hauptquartier der Bundestruppen sich befindet, und des Martinsplatzes, wo eine baierische Wache ist, von 5—10 Uhr eine Reservewache eingerichtet gewesen, die aus einer Kompagnie bestand. Zu ihrer Aufnahme mußten schleunigst mehre Schulzimmer geräumt und eingerichtet werden. Auch die österreichischen Jäger sind gestern Abend mit den Preußen zusammengerathen. Sie hatten gesungen: „Laßt die Büchsen knallen, daß die Preußen fallen.“ Das hatte natürlich die Preußen in Harnisch gebracht. Die preußischen Soldaten haben bisjetzt in diesen Schlägereien obgesiegt; es sind meist Westfalen, große, derbe Leute, die tüchtige Schläge austheilen können. Die Oesterreicher und Baiern sind kleiner und nicht so stark gebaut. Die Preußen zeigen im Vergleich mit den Bundestruppen im Allgemeinen mehr Disziplin, mehr Anstand und Haltung, mehr Bildung, aber auch mehr Stolz, der in einzelnen Fällen unangenehm wird. Uebrigens giebt es unter den Bundestruppen viele gebildete und manierliche Leute, aber sie haben unter sich unstreitig verhältnißmäßig mehr ungebildete und rohe Individuen als die Preußen. Aber auch Solche benehmen sich im Quartier fast ohne Ausnahme genügsam, und ich habe von vielen Quartiergebern fast ohne eine einzige Ausnahme nur Aeußerungen der Zufriedenheit mit ihren österreichischen und baierischen ungebetenen Gästen vernommen. In ähnlicher Weise erhalten auch die Bundestruppen eine bessere Meinung von den Einwohnern Kassels; diese sind ihnen als eine Rotte Aufrührer, als eine Art Freischärler geschildert worden, und nun wundern sie sich, daß hier die Bevölkerung so ruhig ist und sie, wenn auch natürlich nicht mit Freude, doch mit freundlicher Ergebung aufnimmt. — Es wird nicht ohne Interesse sein, wenn ich zu den heitern Bildern aus unsern gegenwärtigen Zuständen, deren einige ich Ihnen gestern mittheilte, eine Fortsetzung liefere. Ein spaßhafter Vorfall hat sich gestern Mittag am Holländischen Thore zugetragen. Die dort aufgestellte preußische Wache erwartet um 12 Uhr die Ablösung. Da kommt ein baierisches Kommando, geführt von einem Unteroffizier, und stellt sich vor dem Wachtlokale auf, um die Preußen abzulösen. Der die preußische Wache kommandirende Unteroffizier meint, das geschehe mit Genehmigung seines Kommandeurs, nimmt wirklich die Ablösung an und zieht ab. Kaum ist er aber einige hundert Schritte in der Königsstraße hinaufmarschirt, so kommt ein preuß. Kommando ihm entgegen, und auf gegenseitiges Befragen und Berichten ergiebt sich, daß dieses die Ablösung ist, und daß den Baiern aus Irrthum das Wachtlokal übergeben worden. Die Preußen ziehen nun nach einiger Ueberlegung vereint vor das Wachthaus und wollen die Baiern wieder heraus haben; diese gehen aber nicht, und es bleibt den Preußen nichts Anderes übrig, als die Wachtstube und den Posten vorm

Gewehr mit den Baiern zu theilen, was diese auch nicht zu verhindern suchen. Beide Theile lassen nun Verhaltungsbefehle einholen, nach deren Eintreffen die Sache so geordnet wird, daß die Wachtstube beiden Theilen gemeinschaftlich bleibt, der Posten vorm Gewehr von den Preußen gestellt wird und die Baiern einen Posten vor dem Thore aufstellen. In der Wachtstube scheint man sich aber nicht haben vertragen zu können, denn schon nach zwei Stunden haben sämmtliche Baiern vor dem Wachtlokale gestanden und keiner hat es betreten dürfen oder mögen. Nach eingeholter Ordre ist dann die bairische Wache in ein dicht vor dem Thore liegendes Gasthaus verlegt worden. Die Baiern müssen es überall fühlen, daß sie noch keine Großmacht sind. Wenn sie mit Preußen in Wirthshäusern zusammenkommen, so dürfen sie sich nicht unterfangen zu singen, während jene ihre preußischen Lieder erschallen lassen. Sie müssen auch eine Stunde früher im Quartier sein als die Preußen. — Es ist heute viel militärische Bewegung in der Stadt gewesen. Bundestruppen marschirten durch, ein Theil zog von hier ab, die übrigen wurden umquartiert. Man kann hierbei sagen: viel Lärm um Nichts. Die Soldaten müssen unsäglich viel ausstehen, ohne besondern Zweck. Die Mannschaften, welche auf die Reservewache kommandirt waren, sind erst nach 10 Uhr Abends einquartiert worden, und Mancher mag vor 11 Uhr sein Quartier nicht aufgefunden haben. (D. A. Z.)

** **Kassel**, 25. Dez. [Tagesbericht.] Ein Bataillon Infanterie und eine Batterie Artillerie sind in die nächstgelegenen Dörfer verlegt worden. Man glaubt hier allgemein, daß dies auf die erhobene Reklamation des Generals v. Peucker geschehen sei. Die Einquartierungslast ist übrigens dennoch furchtbar drückend, und wenn der Zustand länger andauern sollte, so geht Alles zu Grunde. Handel und Gewerbe ruhen und noch niemals haben wir solche Weihnachtstage erlebt. — Der Kurfürst soll gestern im tiefsten Inkognito in Wabern angekommen sein. (Die Ankunft desselben in Kassel ist bereits in der gestr. Bresl. Ztg. durch eine telegr. Depesche gemeldet worden.) — Der ehemalige sogenannte Oberbefehlshaber v. Haynau befindet sich seit gestern hier. — Dem Oberbürgermeister ist bei Exekution aufgegeben worden, den Miethsleuten die Einquartierung abzunehmen. — Die Statuten der Vereine sind vom Grafen Leiningen eingezogen worden.

Hannover, im Dezember. [Adresse.] Die mit allen gegen zwei Stimmen beschlossene Vorstellung des Bürgervorsteherkollegs ist bereits an das Gesammtministerium abgegangen und lautet wie folgt:

„Wenn das unterzeichnete Bürgervorsteherkollegium der Haupt- und Residenzstadt Hannover sich erlaubt, in diesem Augenblicke, wo die Vertreter unseres Landes nicht versammelt sind, Wünsche und Hoffnungen dem königl. Gesammtministerium auszusprechen, so geschieht dies in der Ueberzeugung, daß es gerade in jetziger bedeutungsschweren Zeit Pflicht eines jeden Deutschen, seine Stimme zu erheben, um nach Kräften dahin zu wirken, daß die dem gemeinsamen Vaterlande drohende Gefahren von ihm abgewandt werden.

Wohl sind leider des deutschen Volks gegründete Hoffnungen auf ein einiges, mächtiges und freies Vaterland für jetzt zertrümmert, dennoch lebt in uns Allen die feste Ueberzeugung, daß wir zu dem heißersehnten Ziele endlich, wenn auch vielleicht erst nach schweren Kämpfen, gelangen müssen.

Jetzt, wo ein neuer Versuch zu einer Einigung Deutschlands gemacht werden soll, halten wir es für unsere heilige Pflicht, der hohen Regierung unsere Meinung offen auszusprechen und derselben es dringend ans Herz zu legen, daß sie ihrerseits Alles aufbiete, um die Verheißungen des Jahres 1848 zur Wahrheit werden zu lassen.

Wir wissen es freilich, das Gewicht der Stimme unseres Landes kann im Rathe der deutschen Fürsten nur gering sein, doch schwerer wird sie in die Waagschale fallen, wenn das Recht und die Freiheit des deutschen Vaterlandes ihre Grundlage ist.

Wir glauben ferner die Zuversicht aussprechen zu dürfen, daß unsere Regierung allen ihren Einfluß aufwenden werde, um die verfassungstreuen Hessen in ihrem hart bedrängten und schwer verletzten Rechte zu schützen und ihre Zustimmung niemals den Beschlüssen gebe, welche von den Gesandten einzelner deutscher Fürsten unter dem Namen des rechtlich längst aufgehobenen Bundestages gefaßt sind.

Vor Allem drängt es uns aber unsern tiefen Schmerz darüber auszusprechen, daß den öffentlichen Blättern nach deutsche Regierungen beabsichtigen, unsern tapfern Brüdern in Schleswig-Holstein durch deutsche Truppen die Waffen gewaltsam aus den Händen zu winden, um sie dem dänischen Erbfeinde wehrlos zu überliefern. Wir leben der festen Hoffnung, das königl. Gesammtministerium werde zu solchen Maßregeln nie die Hand bieten.

Schließlich aber dürfen wir dem königl. Gesammtministerium nicht verschweigen, daß wir nichts dringender wünschen, als daß unser Land bei den bevorstehenden zunächst entscheidenden Conferenzen in Dresden durch einen Mann vertreten werde, dessen Herz warm schlägt für ein kräftiges, einiges Vaterland, damit Hannover wie 1815 den Ruhm erringt, nach seinen Kräften redlich für das Recht und die Freiheit des deutschen Volks gestritten zu haben. — Das Bürgervorsteherkollegium der Hauptstadt.“ (Folgen die Unterschriften.) (Hann. Bl.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

□ **Kiel**, 25. Dezember. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kriegsminister in der Landesversammlung nicht den ganzen Grund von Willisens Abgang angegeben. Wir fügen in Betreff Willisens die Notiz hinzu, daß Willisen wiederholentlich von der Statthalterschaft und der Landesversammlung aufgefordert worden ist, noch ehe von den deutschen Großmächten über unser Schicksal etwas Definitives entschieden ist, von dem Herzogthum Schleswig so viel in Besitz zu nehmen, wie nur immer möglich und sei das gewonnene Terrain auch noch so wenig. Der abgetretene General antwortete hierauf: es sei erst abzuwarten, was das deutsche Kommissariat hier für Schleswig thun werde. Geschehe von dieser Seite nichts, so wolle er an der Spitze der Armee vordringen. Natürlich genügte diese Antwort nicht und seine Verabschiedung erfolgte. — In Hamburg ist wiederum eine große Anzahl von Uniformen bestellt worden. Mit der Verproviantirung Rendsburg wird aufs Großartigste fortgefahren. Ein Lieferant allein hat bisher an eingepökeltem Fleische wöchentlich 40,000 Pfd. geliefert. An diesem Artikel, so wie an Bauholz sind bereits für einige Mill. Mark aufgebracht. General Baudissin hat über die Rekruten vor ihrem Abgange nach Rendsburg, wo sie zunächst in Garnison kommen, allenthalben im Lande Revue abgenommen. Er fand die blutjungen Leute allenthalben kriegstüchtig; nur in Altona überwies er 13 Mann wegen Schwäche der Revisionskommission, welche jedoch nur 3 davon kassirte. Einem Armeebefehl zufolge wird unter keinen Umständen ein längerer Urlaub als auf 4—5 Tage ertheilt. Die erwähnte hydraulische Höllenmaschine hat nun auch schon von hier nach Ellerbeck und zwar zweimal unter unserem Kriegsdampfer „Bonin“ weg, bis auf 20 Fuß unterm Wasser, Fahrten gemacht; letzthin ist sie jedoch auf den Grund gerathen, weil man in dem stets nöthigen Wasserauspumpen sich fahrlässig erwies, doch hat die Mannschaft, so wie das Schiff, welches so eben wieder flott gemacht wird, keinerlei Schaden erlitten. Unsere Regierung ist indessen vorerst noch nicht geneigt, von diesem Verderbungsmittel einen Gebrauch zu machen. Das Fort „Delius“ in Düsternbrook wird jetzt von einer hierzu hierher beorderten Abtheilung Pionniere abgetragen. Dies feste Schanzwerk, welches einst 10,000 Mark gekostet hat, ist bereits längst entwaffnet und da eine dänische Ueberrumpelung Kiels nicht mehr zu befürchten ist, so will man das Bauholz davon benutzen. — Auf Fehmarn liegen jetzt 3000 Dänen, welche die Insel mit ihren 4000 Einwohnern gerade nicht auffressen, denn sie zahlen Alles baar, aber durch unerschwingliche Kontributionen ausplündern. Die Hauptstadt Burg nicht mit gerechnet, muß das Eiland wöchentlich 1000 Mark aufbringen. — In Tondern haben es die Dänen nicht verschmäht, auf den deutschgesinnten Bürger Jacobsen, der vor ihnen geflohen, scharf zu schießen, er ist ihnen jedoch auf diesseitigen Boden entkommen. — Statthalter Beseler soll sich im Mecklenburgischen für 150,000 Thlr. ein Gut gekauft und dasselbe auf sein jüngstes Kind haben einschreiben lassen. Es scheint uns diese Sage, trotz ihrer Verbreitung, eine Verleumdung zu sein.

Heute um 12 Uhr langte hier das 8. Bataillon unter klingendem Spiele an, verweilte bis 4 Uhr, worauf es nach Gottorf weiter marschirte. Man ist auf blutige Thaten vorbereitet.

Altona, 26. Dezbr. Eine Rekognoscirung hat heute Morgen auf dem rechten Flügel stattgefunden. Bei Breckendorf ist es zu einem nicht bedeutenden Gefechte gekommen. (H. C.)

Rußland.

Mit dem 13. Januar k. J. (1. Januar alten Styls) werden die polnischen Grenzbeamten in russisch Polen ihres Dienstes entlassen und durch russische Beamte ersetzt werden, für welche bereits Quartier bestellt ist. Dieselben sollen militärisch organisirt werden; ihre Zahl übersteigt das bisherige Aufsichts-Personal beinahe um das Doppelte. (C. C.)

Oesterreich.

Wien, 27. Dezbr. Der heutige ministerielle „Lloyd“ meldet: „Wir vernehmen aus guter Quelle, **daß der schwierige Punkt über den Marsch der Exekutions-Truppen nach Holstein zu Dresden bereits gelöst worden. Preußen hat seine Zustimmung zu dem Marsche derselben durch sein Gebiet gegeben. Sie werden sofort per Eisenbahn über Magdeburg nach dem Ziele ihrer Bestimmung befördert werden.**“

N. B. **Wien**, 27. Dezember. [Die brennende Frage für Oesterreich. — Vermischtes.] Weder die hessische noch die holsteinische Frage ist für uns in Oesterreich eine brennende, diese und noch viele andere Fragen dürften so oder so beantwortet werden, ohne daß der Kaiserstaat mehr davon berührt wird, als die Schnecke in ihrem Hause von einem Frühlingslüftchen. So voll auch Viele darüber den Mund nehmen, so ist es doch eben nur aufgeblasenes Politikastern. Jedoch eine brennende Frage für Oesterreich, aus deren Lohe die Funken auf jedes Strohdach einer Bauernhütte im Reiche fallen und Vernichtung oder Beschädigung des Eigenthums bedrohen, ist das Geldwesen, der Werth der Landeswährung, und somit der Werth aller Cirkulationsmittel. Die Irritation der Verhältnisse im Silberverkehr, welche jüngst das genährte Gerücht vom Kriege herbeiführte, ist dem normalen Zustande gewichen, allein der normale Zustand ist ein anomaler, der in schleichender Fieberhitze die Kräfte aufzehrt, wie jener in galoppirender Schwindsucht. Die Kreirung unverzinslicher Reichsschatzscheine ist eine kaum nennenswerthe Anordnung, denn sie ist nichts als ein Papierumtausch gegen ung. Landesanweisungen. Bedenklicher wäre der Umstand, daß den Banknoten unvermerkt ein Staatsgeldpapier substituirt wird, wenn dies nicht bereits de facto der Fall wäre, indem die von der Bank für Rechnung des Staates ausgegebenen Noten doch auch nichts anderes als Staatsnoten sind. Jedoch beruhigend ist die in halboffizieller Weise ausgesprochene Ansicht, daß das System des Staatsgeldpapiers nicht und nimmer in Anwendung gebracht werden soll. Kriegsbedürfnisse liegen eben so außer aller Berechnung als die Mittel zur Bezwingung von Revolten; es genügt daher, wenn für den erneuerten Bedarf die Vermeidung von Staatsgeldpapier zugesagt wird. — Welche Hilfsmittel werden aber in Anwendung gebracht werden? Wir glauben, daß der Finanzminister bei seinem Systeme verharrt, und den günstigen Moment, wozu jetzt bei Weitem mehr Chancen sind, abwartet, bis die Geldmächte außerhalb Oesterreichs es in ihrem Vortheile finden, baare Münze dem Kaiserstaate darzuleihen. Bis dahin werden die Steuerkräfte des Landes bereits Summen produziren, die ein muthmaßliches Bedecken der Ausgaben in Aussicht stellen. — Wenn auch durch solche Aspekten das Vertrauen nur langsam reifen kann, so sind sie doch bei weitem reeler, als die finanziellen Phantasien des Lloyd. Es war hohe Zeit, daß diesen Projekten ein Desaveu gegeben wurde. Noch beruhigender als dieses Desaveu würde aber die Mittheilung weiter zu erwartender finanzieller Maßregeln wirken. — Den hiesigen Goldarbeitern wurden die Armbänder weggenommen, die aus Kossuth-Sechsern und Zwanzigern verfertigt werden. — Zur Vergrößerung der Kriegs-Flotte wird der Bau zweier Linienschiffe und mehrerer Kanonenböte in Angriff genommen. — Seit längerer Zeit war in den römischen Kasernen in jedem Zimmer ein Zettel angeschlagen, durch welchen die obere Behörde das Fluchen und frevelhafte Lästern bei einer Geldstrafe verbietet. Nun ist diesem Verbot ein zweites hinzugefügt, welches jeden beleidigenden Ausdruck oder gar Fluch gegen den Papst mit 5 Jahren Galeere bestraft.

** **Venedig**, 24. Dezember. [Die Propaganda. — Die nationale Frage. — Aufhebung der Generalkonsulate in Mailand. — Befohlener Patriotismus.] Die nach und nach wieder eintreffenden Truppen aus dem Norden kamen eben recht, um „die Aufregung zu dämpfen, welche durch die geheime Bewegung der Propaganda in den letzten Wochen fast allenthalben im Lande zum Vorschein gekommen ist und sich durch hundert kleine Symptome ganz unzweideutig kund gab, denn fast in allen Städten kam es zu Reibungen mit dem Militär, und fanden überdies Verhaftungen solcher Individuen statt, welche in dem Verdacht geheimer Verbindungen mit der Propaganda des Auslandes standen,“ und bei denen man zum Theil wirklich Papiere gefunden haben soll, welche über die Bestrebungen der Revolutionspartei die umfassendsten Aufschlüsse gewähren. Besonders wichtig soll in dieser Hinsicht die Ausbeute gewesen sein, welche die bei dem Arzte Ciceri vorgefundenen Briefschaften darboten. Einige Personen, welche jüngsthin in Mailand zwei über den Kastellplatz schreitende Offiziere mittelst Steinwürfen insultirten, wurden ausgeforscht und gefänglich eingezogen. — Wie sehr die nationale Frage in Oesterreich überhaupt die blutende Wunde sei, bei deren leisester Berührung selbst die zweifelloseste Loyalität laut aufschreit, tritt neuerdings in Triest zu Tage, in einer von der Regierung gehätschelten Hafenstadt, die unter allen Städten des Kaiserstaates sich in den Jahren der Stürme den Ruf einer unerschütterlichen Anhänglichkeit und Treue am meisten bewahrt hat. Kaum langte jedoch vom Unterrichtsminister, Graf Thun, bei der Statthalterei ein Erlaß an, in dem die Einführung des Deutschen als Unterrichtssprache am Triestiner Gymnasium angeordnet wird, obschon mit eifriger Pflege des Italienischen als Lehrgegenstand, so erhebt sich alsogleich im Schooße des Gemeinderaths eine so heftige Opposition gegen die Regierung, daß der Podesta Dr. Tommazini die stürmische Sitzung aufheben muß. Ja um dem ministeriellen Erlaß ein Paroli zu biegen, stellt man jetzt sogar den Antrag auf die Errichtung einer italienischen Hochschule in Triest, ein Vorschlag, der jedenfalls nur als Demonstration zu betrachten sein dürfte, da ein derartiges Institut in dem praktischen Boden der Kaufstadt alsbald verdorren müßte. — Mit dem 1. Januar 1851 stellen die Generalkonsuln aller Nationen in Mailand ihre Funktionen ein, indem die Regierung bei dem notorischen Geiste der dortigen Bevölkerung in der Anwesenheit fremder Konsuln blos eine gefährliche Handhabe für auswärtigen Einfluß erkannte, wie denn überhaupt über die geheime Mitbetheiligung der Konsuln bei dem Märzaufstand in Mailand die unzweideutigsten Beweise vorliegen sollen. — Die den Kunsthändlern zugegangene Weisung, die Portraits der kaiserlichen Familie und der österreichischen Feldherren an den Schaufenstern öffentlich auszustellen, findet zwar theilweise Gehorsam, doch nicht selten bemerkt man in der Zusammenstellung dieser Bilder eine gehässige oder witzige Anspielung, durch die sich die Budenbesitzer für den Gewaltspruch zu rächen suchen.

Frankreich.

× **Paris**, 25. Dez. [Tagesbericht.] Gestern hat der Prozeß Allais begonnen. Man erwartete auch noch gestern den Schluß; allein das Verhör der Zeugen dauerte so lange, daß die Plaidoyers auf Morgen verschoben werden mußten. Das Urtheil wird morgen Abend gesprochen werden. Die Erbitterung der beiden Parteien in diesem Prozesse ist sehr groß; auf der einen Seite stehen die Anhänger des Büreaus der National-Versammlung, auf der andern die der Polizei-Präfektur.

Die Dotations-Angelegenheit soll am 2. oder 3. Januar zur Debatte kommen. Obgleich eine Fraktion der legitimistischen Partei noch immer entschlossen ist, gegen zu votiren, so zweifelt man doch nicht an einer Annahme des Dotations-Entwurfs.

Wie versichert wird, ist die äußerste Rechte entschlossen, die Proposition Lefranc auf Revision des Wahlgesetzes vom 31. Mai zu unterstützen. Diese Angelegenheit würde auf diese Weise zu einer sehr markirten Spaltung in der legitimistischen Partei führen, da, wie ich bereits gemeldet, der Legitimisten-Verein in der Rue Rivoli beschlossen hat, jene Proposition als unzeitgemäß zurückzuweisen und durch Herrn Benoist d'Azy nur die Reserven für die Zukunft aussprechen zu lassen. Wie es nun heißt, will Herr Larochejaquelin diesen legitimistischen Redner bekämpfen und im Namen der äußersten Rechten für die Proposition auftreten. Das wird eine interessante Debatte geben!

Im Uebrigen meldet man in Betreff desselben Gesetzes zwei Dinge, die im Widerspruch mit einander stehen. Das Gouvernement, heißt es, will einen Gesetzentwurf einbringen, um die Wahlen der General-Konseils im Jahre 1851 nach dem beschränkten Wahlgesetz vornehmen zu lassen; andererseits soll Bonaparte mehr als je entschlossen sein, für die Verlängerung seiner Gewalt an das allgemeine Stimmrecht zu appelliren, in welchem Verfahren durchaus keine Logik zu entdecken ist.

Für den Zuschlag der Renten ist von dem Ministerium ein neuer Termin auf den 31. d. M. festgesetzt.

Großbritannien.

London, 24. Dez. [Tagesneuigkeiten.] Die heutigen Zeitungen besprechen die ihnen durch die Wiener offizielle Presse bekannt gewordene Korrespondenz zwischen der englischen und österreichischen Regierung über die Haynau'sche Affaire. In Bezug auf die Drohung des Wiener Kabinets mit der Möglichkeit von Repressalien gegen britische Unterthanen, die sich zufällig in Oesterreich befinden, bemerkt der Globe: „Wir können nur sagen, daß wenn wir einen Haynau Oesterreich zu schicken haben sollten, Oesterreich ihn behandeln mag, wie es ihm beliebt.“

Eine Anzahl katholischer Peers überreichten dem Kardinal Wiseman am vorigen Sonnabend eine von vielen ihrer Konfessionsgenossen unterzeichnete Adresse, die neben Betheuerung der Loyalität gegen die Krone die vollste Zustimmung in die neuesten Maßregeln Roms ausspricht. Man bemerkt indeß, daß von den 14 katholischen Peers im Parlament nur 7, den 4 irischen und den 2 katholischen Lords in Schottland nur je einer und den 5 englischen kathol. Mitgliedern des Unterhauses ebenfalls nur eines unterzeichnet hat.

Der Graf von Winchelsea hat in der Times den Vorschlag gemacht, die Königin möge folgende „kurze und entscheidende Note“ an den Papst richten: „Victoria, von Gottes Gnaden, Königin von Großbritanien und Irland, Vertheidigerin des Glaubens, an den Papst ihren Gruß. Wenn die letzthin von Ew. Heiligkeit erlassene Bulle, welche Herrenrecht in meinen Reichen anspricht und mich und meine protestantischen Unterthanen aus dem Schoße der Christenheit verweist, nicht binnen einer Stunde nach Empfang dieses Briefes von Ihnen zurückgenommen und für die Beleidigung, die Sie mir und meinem Volke geboten haben, volle Abbitte geleistet wird, so erkläre ich im Namen des protestantischen Englands Ihnen den Krieg, und mit Rom soll kein Friede sein, bis ich die schuldige Genugthuung von Ihrer Hand erlangt habe.“

Sir Edward Sugden, der für den gelehrtesten Juristen Englands gilt, hat nun auch seine Meinung über den Stand der auf die jüngsten Maßnahmen des Papstes anwendbaren Gesetzgebung abgegeben. In einer zahlreich besuchten Versammlung in der Grafschaft Surrey äußerte er sich dahin, daß die Akte der Königin Elisabeth, durch welche die Veröffentlichung päpstlicher Bullen und die Anerkennung der geistlichen Autorität des Papstes mit schweren Strafen belegt werde, noch immer rechtskräftig sei, nur seien die übermäßigen Strafen beseitigt worden. Der anglikanische Bischof von St. Davids dagegen behauptet, die Emancipations-Akte hebe alle jene alten Strafen und Statuten gegen die Katholiken auf.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 14. Dezember. [Die Türken erbieten sich zu Bundesgenossen Preußens.] Die kriegerische Situation zweier europäischer Großmächte, deren stiller Zuschauer Rußland auf die Länge nicht bleiben konnte, ist von dem Ministerium der Pforte nicht gleichgültig mit angesehen worden. Wenn auch nicht in Folge des Korans, wonach ein Krieg zwischen Ungläubigen stets ein Gewinn für den „wahren Glauben des Islams“ sei, so doch aus anderen näheren Ursachen kann ein Konflikt der deutschen Mächte, welcher auch die russischen Streitkräfte beschäftigte, der Regierung der Pforte nicht ganz unwillkommen erscheinen. Wenn schon eine Thätigkeit außer Landes für ihre Truppen ein großer Gewinn an und für sich wäre, so ist das Ziel, welches hierbei vorschweben müßte, nämlich die dominirenden Einflüsse Rußlands und seines Alliirten über die nördliche Grenze des Reiches wieder zurückzudrängen und dieselbe dem alten Bestande näher zu bringen, so populär und von so schmeichelnder Hoffnung, daß es wohl Niemanden verborgen bleiben kann, daß die Türkei an einem Kriege, an dem Rußland sich betheiligte, auch Theil nehme, eben so wenig, als auf welcher Seite ihre Streitkräfte operiren würden. Es haben auch Seitens des hiesigen auswärtigen Amtes Schritte betreffs der Räumung der Walachei stattgefunden, welche ich Ihnen als Vorbereitung Seitens der Türkei bezeichnen kann, um mit voller Berechtigung ihre Waffen zu gelegener Zeit zu ziehen. Diese Räumung hätte nach dem Sinne der Verträge von Kutschuk Kainardschi längst schon erfolgen sollen, und die Pforte kann seit Langem bereits die von Rußland angeführten Scheingründe, welche seine Okkupation der Fürstenthümer motiviren sollen, als solche für ungiltig erklären und auf die Erfüllung der Verträge bestehen. Eine nachträgliche Anregung dieser Frage bei den gegenwärtigen Verhältnissen giebt somit, wie Sie sehen, ein ehrendes Zeugniß für die politische Geschicklichkeit der türkischen Diplomatie. Auch hat Fürst Karadja, der vorigen Sonnabend über Triest nach Berlin abging, wie man wissen will, dem dortigen Hofe Eröffnungen Seitens der Pforte zu machen, welche den Bereich der in solchen Fällen üblichen Artigkeiten und Freundschaftsversicherungen ganz überschreiten. — Ein Blick auf die Landmacht der Türkei dürfte Ihnen unter diesen Verhältnissen nicht unwillkommen sein. Dieselbe theilt sich in 6 Armeekorps, die Armee von Stambul und Rumelien in Europa, und in die jenseitigen Armeen von Skutari, Anatolien, Arabistan und Irak von Hedschas. Eine jede hat 8 Infanterie-, 4 Kavalerie- und 1 Artillerie-Regiment. Hierzu kommen noch 2 Ingenieur- und 1 Reserve-Artillerie-Regiment. Das Fuhrwesen ist mit der Artillerie vereinigt, Portoniere sind keine und von sogenannten Extra-Corps überhaupt nur der Generalstab vorhanden. Der Normalstand der Regimenter zu 3000 Mann gerechnet, kann man füglich die Summe der regulären Streitmacht der Türkei auf 250,000, die Marine außer Acht lassend, schätzen. Der Soldat ist gut gekleidet und wird wohlgehalten, meist mittleren Schlages ist er kräftig und hat wenig Bedürfnisse. Die Infanterie ist besonders im Gebrauch ihrer Waffen und in den taktischen Evolutionen wohlgeübt. Wenn man nun auch die irregulären Reitermassen in Anschlag bringt, welche die Türkei in Bewegung setzen kann, und die mit 100,000 nicht überschätzt sein dürften, so erhält man ein Ganzes, welches einer jeden Streitmacht Bedenken erregen muß. (Ostd. Post.)

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau**, 28. Dezbr. [Gemeindewahl.] Die letzte Nachwahl zum Gemeinderath hat heute Nachmittag zwischen 3 und 5 Uhr stattgefunden. Herr Gymnasial-Direktor Wimmer wurde mit 19 Stimmen gewählt. Herr Kaufmann C. F. Bock erhielt 5 Stimmen. Der Gemeinderath ist nunmehr vollzählig.

Angekommen: Fürst Hugo von Hohenlohe-Oehringen aus Schlawentzitz.

⊙ **Breslau**, 28. Dezbr. [Beurlaubte aus Schleswig-Holstein.] Seit einigen Tagen bemerkt man hier viele ausländische Uniformen. Dieselben gehören den schleswig-holsteiner Freiwilligen an, welche in beträchtlicher Anzahl hierher zurückgekehrt sind, nachdem sie bei fernerem Verbleiben im schleswig-holsteinschen Heere befürchten mußten, vom 1. Januar ab ihr preußisches Heimathsrecht zu verlieren.

† **Breslau**, 28. Dezbr. [Polizeiliche Nachrichten.] Am 27. wurde bei Revision der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn unweit der Coaksbrennerei ein vom Eisenbahnzuge überfahrener Mann gefunden. Der Rock, die Weste und Mütze des Leichnams lagen seitwärts des Schienengeleises am Grabenrande und es scheint, daß er mit Absicht den Tod gesucht hat. Wer der Verunglückte ist, ist zur Zeit noch nicht ermittelt.

In der beendigten Woche sind (excl. zweier Selbstmörder und vier todtgeborner Kinder) von hiesigen Einwohnern gestorben: 34 männliche und 39 weibliche, zusammen 73 Personen. — Von diesen starben an Altersschwäche 4, Abzehrung 7, Bleichsucht 1, Drommelsucht 1 Luftröhrenentzündung 2, Lungenentzündung 3, Leberentzündung 3, Unterleibsentzündung 1, Zehrfieber 2, Gehirnausschwitzung 2, Keuchhusten 2, Krämpfen 9, Zungenkrebs 1, Lungenkatarrh 1, Lebensschwäche 1, Lungenlähmung 6, Schlagfluß 9, Lungenschwindsucht 7, allgemeiner Wassersucht 3, Brustwassersucht 5, Gehirnwassersucht 3. — Unter diesen starben in den öffentlichen Kranken-Anstalten, und zwar: in dem allgemeinen Krankenhospital 10, in dem Hospital der barmherzigen Brüder 3. — Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: unter 1 Jahr 19, von 1—5 Jahren 8, von 5—10 Jahren 1, von 10—20 Jahren 3, von 20—30 Jahren 3, von 30—40 Jahren 8, von 40—50 Jahren 3, von 50—60 Jahren 7, von 60—70 Jahren 9, von 70—80 Jahren 8, von 80—90 Jahren 4.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 7 Schiffe mit Eisen, 2 Schiffe mit eisernen Gußwaaren, 2 Schiffe mit Eisenbahnschienen, 4 Schiffe mit Steinkohlen, 9 Schiffe mit Zink, 3 Schiffe mit Bremmholz, 1 Schiff mit Bohlen, 1 Schiff mit Gips und 1 Schiff mit Mehl.

§ **Breslau**, 28. Dez. [Nachtrag.] Die vom National-Frauenverein arrangirte Schaustellung weiblicher Handarbeiten, über die ich bereits gestern berichtet habe, bleibt noch bis morgen Nachmittag geöffnet. Gleich nach dem zweiten Gottesdienste wird die Verloosung ihren Anfang nehmen. Dieselbe ist öffentlich im Beisein zweier Vertreter der städtischen Behörden.

§§ **Breslau**, 28. Dezbr. Ein furchtbares Schauspiel hat heute Vormittag im Weichbilde Breslaus stattgefunden. Der ehmalige Glöckner am hiesigen Dome, Carl Scharte, der Mörder seiner Schwägerin, wurde mit Tagesanbruch zum Richtplatze geführt. Dort wurde ihm Angesichts des Schaffots, und des für ihn bestimmten Sarges das Begnadigungs-Reskript Sr. Majestät des Königs publizirt.

Schon seit einigen Tagen war die Kunde von dem ergangenen Todesurtheil und der bevorstehenden Hinrichtung des Delinquenten in allen Schichten der hiesigen Bevölkerung bekannt geworden. Bereits am frühen Morgen waren daher die Straßen und Plätze, welche der Zug berühren mußte, von einer unübersehbaren Volksmenge bedeckt. Wir lassen der Schilderung des traurigen Schauspiels eine Erzählung des verübten Verbrechens vorangehen.

Am 28. Mai 1847 hat Scharte das Fräulein Josephina v. Orsietzka, deren leibliche Schwester seine Frau ist, durch einen Stiletstich ermordet. Er traf die Unglückliche, welche 24 Jahre hindurch dem Hauswesen des Weihbischof Latussek als Wirthschafterin vorgestanden hat, im Hausflur der weihbischöflichen Residenz. In ihrer Nähe befand sich die unverehel. Köchin Rosalie Rother. Bald nach seinem Eintritt stellte er seine Schwägerin, welche kurz vorher ihren hier verstorbenen Onkel, den pensionirten Major v. Orsietzki als Universalerbin beerbt hatte, darüber zu Rede, daß sie noch nichts von den ererbten Gegenständen an ihn, den Scharte, herausgegeben, belegte sie mit groben Schimpfworten, so daß sich das Fräulein endlich genöthigt sah, die Hausthür zu öffnen, und den Scharte fortzuweisen. Darüber erbittert, rief letzterer: „Was, Sie wollen mir die Hausthür weisen?“, schlug die Hausthür wieder zu, verriegelte dieselbe, drückte das Fräulein v. Orsietzka in den Winkel an der Hausthür, stieß sie in die Weichen, und preßte ihr mit beiden Händen den Hals zusammen. Die nur allein anwesende Köchin suchte den Scharte von den Mißhandlungen seiner Schwägerin abzuhalten, wurde aber von demselben immer wieder zurückgedrängt. Plötzlich hörte sie das Fräulein „Jesus“ rufen, sah ein blutiges Stilet in der Hand des Scharte, und brach nun das Aergste vermuthend in den Ruf: Mörder, Mörder, Hülfe! aus, worauf Scharte das Fräulein v. Orsietzka losließ, und sich nach der Köchin Rother wendete, diese in die Bedientenstube der weihbischöflichen Residenz verfolgte, und auf sie ein geladenes Terzerol abdrückte, welches jedoch versagte. — Das Fräulein v. Orsietzka hatte noch so viel Kraft, sich inzwischen aus dem Hause zu entfernen, war noch ungefähr 10 Schritte auf dem Bürgersteige nach der Dombrücke zu gegangen, dort aber fast ohne Leben umgesunken. Unterdessen hatte sich die Köchin Rother von dem Scharte zu befreien gewußt, war dem Fräulein von Orsietzka nachgeeilt und hatte diese in die weihbischöfliche Residenz zurückbringen helfen. — Inzwischen waren Leute herbeigeeilt und hatte sich der Glöckner Scharte nach dem Hofe der weihbischöflichen Residenz geflüchtet, und sich mit dem Stilet (aus einem Spazierstocke) mehrere Stiche in die Brust beigebracht. Er wurde von den herbeigerufenen Polizeibeamten im Hofe liegend gefunden und in die Gefangen-Krankenanstalt gebracht. — Die von dem zufällig herbeigekommenen Dr. Dinter und Sanitätsrath Dr. Krocker sen. mit dem Fräulein v. Orsietzka angestellten Wiederbelebungs-Versuche blieben erfolglos. Dieselbe war durch einen Stich unterhalb der linken Brust in das Herz getödtet worden. Einen zweiten nicht tödtlichen Stich hatte ihr der Mörder oberhalb der linken Brust beigebracht. Die Stiche, welche sich Scharte gegeben hatte, waren nicht tödtlich. Dies der auszügliche Bericht über das schaudervolle Verbrechen, wie ihn die Bresl. Ztg. wenige Tage nach Verübung desselben mitgetheilt hat.

Der Verlauf des heutigen schauerlichen Schauspiels war folgender. Um 6½ Uhr des Morgens sperrte eine Schwadron des

23. Landwehr-Ulanenregiments den Platz vor dem Inquisitoriats-Gebäude ab, wo sich bereits früher eine nicht unbedeutende Menge Schaulustiger eingefunden hatte. Eine Stunde darauf bestieg der Delinquent einen kleinen Leiterwagen, neben ihm saß ein Geistlicher der katholischen Kirche. Vor dem Wagen ritt eine Abtheilung Ulanen, eine andere Abtheilung folgte demselben. Der Zug ging durch die Schweidnitzer Straße, über den Ring und die Schmiedebrücke zum Oder-Thore hinaus. Je weiter er kam, desto größer wurden die Massen, welche sich ihm anschlossen. Zu beiden Seiten des Weges hatten sich ebenfalls zahlreiche Gruppen von Neugierigen gebildet, um den Delinquenten beim Vorüberziehen scharf ins Auge zu fassen.

Der Delinquent neigte sich zu dem Ohre des neben ihm sitzenden Geistlichen hin und sprach anhaltend zu demselben. Seine Haltung war mehr als ruhig. Oft blickte er heiter um sich und schien die neugierige Menge anzulächeln. Da er von stämmiger, wohlbeleibter Gestalt ist und noch in den besten Mannesjahren steht, so verrieth sein Aussehen nur wenig die Anstrengungen der bereits erlittenen dreijährigen Kerkerhaft. Er trug einen langen braunen Ueberrock bis oben hinauf zugeknüpft und ein schwarzes viereckiges Sammt-Käppchen.

Unter fortwährendem Andrange des Publikums langte der Zug am Rabensteine an. Ein Musketier-Bataillon des 22. Infanterie-Regiments hielt das Schaffot eingeschlossen. Ungeachtet des trüben Wetters war auch hier bereits ein großer Zuschauerkreis anwesend. Aller Augen richteten sich auf den Verbrecherwagen, welcher innerhalb des militärischen Kordons anhielt. Die Eskorte desselben bildete einen noch engern Kreis um das Hochgericht, auf dem man bereits den Block, das entblößte Henkerbeil und den Nachrichter wahrnahm. Weiter unten befand sich ein einfacher schwarzer Brettersarg. — Mit Entsetzen wendete sich der Blick von diesem grauenvollen Bilde ab.

Gefaßt und sicher stieg der Delinquent vom Wagen herunter. Machte ihn das Bewußtsein der aufrichtigen Reue und Buße so stark? Oder sah er wie ein verstockter Bösewicht dem Tode keck ins Antlitz? Wer kann dies wissen. — — Demüthig empfing er das Kruzifix aus den Händen des Geistlichen, eben so hörte er die Verlesung des gegen ihn erkannten Todesurtheils. Der Bataillons-Kommandeur ließ die versammelten Truppen das Gewehr präsentiren. Dann publizirte der Justizbeamte das kgl. Reskript dem Delinquenten, welches ihn von der Strafe der Hinrichtung durch das Beil zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Dasselbe soll erst gestern Abend hier eingetroffen und heute früh durch einen reitenden Boten nach dem Richtplatze gebracht worden sein.

Die Rückfahrt des Delinquenten glich beinahe einem Triumph-Zuge. Leichten Muthes schwenkte er sein Käppchen, während die Menge mit ihrem Hurrahgeschrei die Luft erfüllte. Selbst in den Straßen der Stadt wollte der Jubel über die erfolgte Begnadigung kein Ende nehmen.

---

*△ **Breslau**, 28. Dez. [Berichtigung.] Vor längerer Zeit erschien in der N. Oderzeitung ein Artikel, welcher die Stellung und damit verbundene Besoldung des Präsidenten des Vereins zum Schutz vaterländischer Arbeit in Frankfurt a. M. kritisch beleuchtete. — Zur Steuer der Wahrheit und zur Berichtigung jener einseitigen Beleuchtung diene Folgendes. Der Präsident des gedachten Vereins, Fürst Felix zu Hohenlohe-Oehringen, bezieht als solcher allerdings statutenmäßig einen Jahresgehalt, welchen derselbe nach den betreffenden Statuten gegen Quittung in Empfang zu nehmen hat, erstattet aber der Vereinskasse nicht nur nach jedesmaligem Empfange die betreffende Gehaltsrate als freiwilliges Geschenk zurück, sondern bestreitet auch aus eigenen Mitteln die sämmtlichen Kosten, welche die vielfachen Reisen, durch diese Stellung verursacht, herbeiführen. — Wer solcher Opfer aus reiner Hinneigung zur guten Sache fähig ist, der dürfte wohl auch für den Befangensten den Beweis geliefert haben, von keinem Vorwurfe der Selbstsucht oder gar des Eigennutzes berührt werden zu können. — Diese hier angeführten wahrheitsgetreuen Berichtigungen dürften hoffentlich dazu beitragen, das Urtheil des unbefangenen und vorurtheilsfreien Publikums über die Stellung und Wirksamkeit dieses Ehrenmannes zu läutern und ihm die verdiente Anerkennung seines mit so edler Selbstverläugnung bethätigten Wirkens zu sichern.

---

* **Aus der Provinz**, im Dezbr. Den Direktoren der königlichen katholischen Gymnasien Schlesiens ist unlängst ein Schreiben zugegangen, welches wörtlich also lautet: „Se. Eminenz der hochwürdigste Herr Kardinal und Fürstbischof von Breslau haben mir das Präsidium einer Kommission gnädigst übertragen, welche die Objekte ermitteln soll, über welche eine Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat in Folge der Verfassung nothwendig ist. Euer Wohlgeboren ersuche ich daher ergebenst, mich recht bald wissen zu lassen, ob dergleichen Objekte im Interesse der katholischen Kirche rücksichtlich Ihres Gymnasiums vorhanden sind, und welche, zugleich auch welche etwaige Forderungen das Gymnasium an den Staat zu machen hat.

Ritter, Dom-Dechant."

---

† **Aus der Provinz.** [Feuer. — Diebstahl. — Todtschlag.] Am 20. Dezember, Morgens ½10 Uhr brach zu Prausnitz, im Kreise Jauer, in einer Häuslerstelle Feuer aus, wodurch dieselbe, so wie auch die benachbarte Gärtnerstelle ein Raub der Flammen wurde. Die Entstehung ist bis jetzt noch nicht ermittelt. Der dasige Glöckner, welcher das Feuerläuten zu besorgen hat und der einer läutenden Glocke zu nahe gekommen war, wurde von derselben am Kopfe so erheblich verletzt, daß er zwei Stunden darauf seinen Geist aufgab. — Am 20. Dezember, Abends zwischen 6 und 8 Uhr, wurden zu Kujau, im Kreise Neustadt, mittelst gewaltsamen Einbruchs aus der Rentkanzlei 50 Rthl. baares Geld, und mehrere Kleidungsstücke und Wäsche im Werthe von 40 Rthl. von jetzt noch nicht ermittelten Dieben gestohlen. — Am 21. Dezember gegen Abend geriethen der 62 Jahr alte Tischler Jesdinszky aus Mittel-Arnsdorf und der Kretschambesitzer Grüner in Schönbrunn, im Kreise Strehlen, woselbst der Erstere bereits seit 6 Wochen gearbeitet hatte, in Folge Trunkenheit in Wortwechsel, welcher in eine Schlägerei ausartete, in Folge deren Jesdinszky, nachdem er später an demselben Abende durch den Sohn des ꝛc. Grüner und dessen Dienstknecht in den Gaststall geschafft worden war, am Morgen des 22. daselbst todt aufgefunden wurde. Die am 24. vorgenommene ärztliche Secirung der Leiche hat ergeben, daß Jesdinszky wegen erhaltener Verletzung am Kopfe seinen Tod gefunden hat. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß der Kretschmer Grüner als der Mörder zu bezeichnen sei, dagegen sind dessen Sohn und Knecht wegen Mitwissenschaft zur Untersuchung gezogen, und demnach alle drei nach erhaltenem Verhaftsbefehle von einem Aufsichtsbeamten arretirt und in das Kreisgefängniß nach Strehlen abgeliefert worden.

---

* **Kreis Trebnitz**, 27. Dez. Der Vorstand der Trebnitzer Rustikal-Feuer-Societät (Bauergutsbesitzer Pantke als Direktor und Organist Schröter als Geschäftsführer, beide in Schawoine) legt in einem so eben veröffentlichten Berichte Rechenschaft über die bisherige Verwaltung und die sonstigen Verhältnisse der Societät. Dieselbe umfaßt den ganzen Zeitraum vom Entstehen der Societät, vom 1. Juli 1849 bis Ende Dezember 1850, mithin also ein und ein halbes Jahr, und schließt mit einer Versicherungs-Summe von 750,120 Thalern. Die Societät hat bis jetzt 4 Brände zu vergütigen gehabt, zusammen mit 1000 Thalern, von denen jedoch noch 200 Thaler zu zahlen sind. Die Mitglieder haben an Beiträgen bis jetzt aufgebracht: Fürs 2te Semester 1849 und 1ste Semester 1850 jedesmal aufs Hundert in Kl. I. 2 Sgr., in Kl. II. 3 Sgr., fürs 2te Semester 1850 aufs Hundert in Kl. I. 2 Sgr. 8 Pf., in Kl. II. 4 Sgr. Die mit Neujahr fälligen Beiträge fürs 1ste Semester 1851 stellen sich in Kl. I. auf 4 Sgr., in Kl. II. auf 6 Sgr. — Die bisherigen Einnahmen sind: an Beiträgen 1917 Thlr. 22 Sgr. 3 Pf., an Zinsen von ausgeliehenen Kapitalien 31 Thlr. 15 Sgr., zusammen 1949 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf. Davon sind 800 Thlr. an Brand-Bonifikationen ausgezahlt, 1068 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf. zur Anlegung eines Reserve-Fonds, 10 Thlr. 19 Sgr. auf die ersten Einrichtungskosten (Societäts-Siegel, Konto-Buch ꝛc.) und 126 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf. auf Verwaltungskosten, Porto, Boten-Lohn ꝛc.) verwendet worden. Es verbleibt der Societät zwar noch die Zahlung eines Restes von 58 Thlr. 14 Sgr. 3 Pf., sie besitzt dagegen ein Vermögen in Pfandbriefen von 1100 Thlrn. — Hieraus geht hervor, daß die Verhältnisse der Societät sehr günstig sind und daß sich die Mitglieder nicht über zu hohe Beiträge beschweren dürfen; denn wenn im Verlaufe von anderthalb Jahren einmal vom Hundert in Kl. I. 8 Pf., in Kl. II. 1 Sgr., das andere Mal in Kl. I. 2 Sgr., in Kl. II. 3 Sgr. reines Brandgeld zu zahlen sind, so ist dies wahrlich nicht zu hoch, namentlich im Vergleich mit den Beiträgen bei andern Societäten. Die übrigen 2 und 3 Sgr. aufs Hundert und Semester kommen zum Reserve-Fonds, der helfen soll in großen Unglücksfällen. — Die Verwaltungskosten stellen sich auch sehr niedrig, nämlich auf circa 4 Pf. vom Hundert der Versicherungs-Summe.

---

* **Schweidnitz**, 27. Dezbr. [Nachtrag zu den Gemeinderathswahlen. — Wohlthätigkeitssinn.] Die Gemeinderathswahlen, die in vergangener Woche hierorts vorgenommen worden sind, haben zu mannigfachen Diskussionen Veranlassung gegeben. Im Allgemeinen ist man einig darüber, daß der Fortschritt, den in der Entwickelung der städtischen Kommunalverfassung das Gesetz vom 11. März d. J. angebahnt hat, in den Wahlen nicht ersichtlich geworden ist. Die Verschmelzung der Bürger und Schutzverwandten zu einer Gesammtkorporation hat in den Wahlen keinen Ausdruck gefunden. Wenn in Folge früherer Erfahrungen von Einzelnen der Satz aufgestellt wurde, daß bei dergleichen Gelegenheiten die Intelligenz nicht die ihr gebührende Berücksichtigung finde, so sehen diejenigen, welche diesen Satz ausgesprochen, in den Wahlen, wie sie uns vorliegen, einen neuen Beleg für ihre Behauptung. Die Wahlen bei der Gemeindevertretung überhaupt müssen vernünftiger Weise ein derartiges Resultat gewähren, daß die Gewählten als Repräsentanten der Gesammtintelligenz der Bewohner in Kommunalangelegenheiten anzusehen sind. Es wäre aber ein sehr unnatürliches Verhältniß, wenn bei einer aus verschiedenen Elementen bestehenden Bewohnerschaft einer städtischen Kommune die Bürger allein Koryphäen der Intelligenz in dem Grade genannt werden müßten, daß sie zugleich Repräsentanten der Intelligenz der Beamteten verschiedener Kategorien genannt werden könnten. Ein solches Verhältniß ist nach dem jetzigen Maßstabe der Bildung nicht wohl denkbar. Wenn nun bei Wahlen, bei denen es sich um das Wohl und Wehe einer ganzen Kommune handelt, die Klasse der Bewohner, welche durch ihre Stellung vorzugsweise berufen ist, für den einen oder den andern Zweig der Verwaltung Vertreter der Intelligenz zu sein, von derjenigen, die das numerische Uebergewicht hat, hintangesetzt wird, so wird man versucht, entweder anzunehmen, daß die Intelligenz zu wenig gewürdigt wird, oder daß man ihr keine Geltung einräumen wollte. Referent nimmt den letztern Fall an und behauptet, daß der Kastengeist bei der Gemeinderathswahl einen Sieg erfochten habe. Findet aber die Klasse der Bewohner, die nach dem Gesetz vom 11. März mit den Bürgern zu einem engeren Kommunalverbande der Art verschmolzen ist, daß beide jetzt Pflichten gegen die Kommune erfüllen müssen und Rechte ausüben dürfen, in dem Gemeinderathe eine einseitige Vertretung der Gesammtinteressen, so liegt ihr dringend ob, darauf hinzuarbeiten, daß dies Verhältniß ein anderes werde, und daß der durch die neue Kommunalordnung gegebene Fortschritt allmälich in unserer Gemeindevertretung eine Wahrheit werde. Wir müßten, wenn wir überzeugt sein dürften, daß von allen Seiten bei der Wahl des neuen Gemeinderaths ohne Vorurtheil nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt worden wäre, dem neuen Gemeinderathe im Interesse der Kommune das unbedingte Vertrauen zum Angebinde geben; wir sind es aber, wenn wir diese Ueberzeugung nicht haben, der Kommune schuldig, nach allen Kräften die Mängel aufzudecken, die uns bei der neuen Körperschaft bemerkbar werden, damit bei etwaigen Nachwahlen der Intelligenz die gebührende Rechnung getragen werde. Je kühner sich das Selbstvertrauen in der Aeußerung eines Einzelnen, den wir nun auch in dem Gemeinderathe erblikken, „daß der gesunde Sinn der Bürger die Wahl zur Zufriedenheit der Bürger lenken werde", und in dem Bravo, das eine ganze Partei dieser Aeußerung zollte, ausgesprochen hat, mit desto unumwundener Offenheit muß die Klasse, die bei der Wahl der Gemeindeverordneten durch Vorurtheil sich zurückgesetzt sieht, späterhin nachweisen, in wie fern das Interesse der Gesammteinwohnerschaft durch jenen sprüchwörtlich gewordenen gesunden Sinn der Bürger nicht gewahrt worden ist. — Als ein erfreuliches Zeichen der Zeit berichten wir, daß der Wohlthätigkeitssinn bei Gelegenheit der Christbescheerung für arme Kinder von Jahr zu Jahr hierorts mehr und mehr sich bemerkbar macht. Die Weihnachtsfreuden, welche am 20. und 21. d. M. der Frauenverein armen Schulkindern und den Zöglingen der Kleinkinderbewahranstalt und die Bürger-Ressource am 22. d. M. den Kindern hiesiger bedürftiger Bewohner veranstaltete, geben den Beweis für diese Behauptung.

---

* **Görlitz**, 27. Dezbr. [Militär. — Wohlthätiges.] Der Abmarsch der 9. Infanterie-Brigade (19. Linien-Infanterie-Regiment und 19. Landwehr-Regiment) aus unserer Gegend wird mit dem morgenden Tage beginnen. Das 2. Bataillon des 19. Infanterie-Regiments verläßt morgen unsere Stadt; das 3. (Füsilier) Bataillon marschirt morgen aus seinen Kantonnements Ludwigsdorf, Klingewalde, Neundorf, Zodel, Ebersbach, Girbigsdorf, Königshain in derselben Richtung nach. Die hier und in Leopoldshain gelegene mobile Sechspfünder-Batterie Nr. 25, so wie eine Schwadron des 7. Husaren-Regiments verlassen uns gleichfalls mit dem ganzen Regiment. An deren Stelle wird eine Schwadron des 2. Husaren-Regiments bei uns überwintern, wie es jetzt heißt. — Die von der Frau Majorin v. Randow für das Garde-Landwehr-Bataillon Görlitz veranstaltete Aufforderung, warme Fußbekleidung zu verschaffen, hat den Eingang von 269 Paar wollenen Strümpfen und 39 Paar Parchent-Fußlappen zur Folge gehabt. — Am 23. Dezbr. fand Nachm. 2 Uhr im hiesigen Rathssessionszimmer unter Oberaufsicht der Herren Bürgermstr. Fischer und Stadtrath Müller die Verloosung der Hartmann'schen Stiftungs-Kapitalien auf das Jahr 1850 — circa 790 Thaler — statt. — An demselben Abende waren Weihnachtsbescheerungen für die Zöglinge der Kleinkinder-Bewahr-Anstalt und der Anstalt für verwahrloste Kinder in den betreffenden Lokalien vom hiesigen Frauenvereine veranstaltet, wie auch die Prätorstiftung eine Anzahl Knaben und Mädchen aus den 10 obern Klassen der hiesigen Volksschulen mit Stiefeln, Schuhen und Strickbaumwolle beschenkte. — Die hiesige Bibelgesellschaft vermehrte die Zahl der Geschenke durch Einsendung von 67 Exemplaren Bibeln.

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 27. Dezbr.) In der Nacht vor dem ersten Feiertage ist hier der in neuester Zeit durch wiederholte militärisch-politische Sendungen nach Kopenhagen bekannt gewordene General-Major v. O'Etzel in Folge eines Lungenschlages gestorben.

— Eines der schönsten Schlösser Wolhyniens, Szczepanow, Besitzung der fürstlich Radziwill'schen Familie, ist ein Raub der Flammen geworden.

— Seitens der kaiserlich russischen Regierung ist dem mit der Prinzessin Mathilde Bonaparte vermählten Grafen Anatol Demidoff der längere Aufenthalt im Auslande verboten worden. Der Graf ist auch schon durch Warschau gekommen, um nach Petersburg zurückzukehren.

— Man schreibt aus Aachen vom 25. Dezember: Für die hiesigen Post-Beamten gab es heute eine Weihnachts-Bescheerung eigener Art. Die vor einem halben Jahre im Post-Bureau verschwundenen 15,000 Thaler Kassen-Anweisungen sind wieder zum Vorschein gekommen. Bei einer von Spaa aus beabsichtigten Umwechselung von 7000 Thalern preußischer Kassen-Anweisungen führte die ermittelte Verbindung des dabei interessirten Fremden mit einem früheren hiesigen Landbriefträger zur Entdeckung des Thäters. Das Haus des Landbriefträgers T. wurde durch Militär besetzt, und soll derselbe durch das bei ihm außerdem vorgefundene Geld und andere Umstände des Diebstahls bereits so gut wie überführt sein. Der ganze Verlust der Staatskasse wird demnach auf circa 4000 Thaler und die etwas erheblichen Untersuchungskosten für die Herren Kommissarien aus Berlin zu veranschlagen sein. Für die Vermittelung zur Entdeckung des Thäters sind seiner Zeit 500 Thaler ausgesetzt worden.

♉ (Wien, 27. Dezember.) Der Dichter Karl Beck, welcher jungst seine Frau verlor, geht nach Berlin, wo er mindestens für längere Zeit seinen Aufenthalt nehmen will, da ihm die hiesigen Zustände mannigfach verleidet sind, obschon der Prozeß gegen seinen Bruder Willi Beck vor dem Kriegsgericht einen unverhofft günstigen Ausgang genommen hat. Er nimmt das gefeilte Manuscript ungarischer Dichtungen mit, die eine poetische Verherrlichung des magyarischen Heldenkampfes gegen die Heere zweier Kaiserreiche enthalten und in Oesterreich ohne Furcht vor Beschlagnahme kaum gedruckt werden könnten. Von dem jungen Schlesier Uhl, der früher schon die Sagen des Weichsel-Thales und ein Buch über das Banat veröffentlicht hat, erscheint jetzt eine Schrift: Stillleben an der Theiß, die von dem Zauber des ungarischen Lebens durchleuchtet ist.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

* **Breslau**, 28. Dez. [Wochenbericht.] Die wenigen Geschäftstage, die wir in dieser Woche hatten, waren genügend, uns darzuthun, wie flau es in allen Getreidearten geworden; wären die Zufuhren dieser Früchte so bedeutend als sie sonst in dieser Jahreszeit zu sein pflegten, wir würden bedeutend zurückgegangen sein. Was Weizen anlangt, so wird zwar zum Versandt Einiges gekauft; Inhaber müssen aber ihre Forderungen, um Verkäufe zu bewirken, reduziren. Nicht anders ist es mit unsern Konsumenten, welche sich nur zu sehr billigen Preisen als Käufer zeigen. Man bezahlte heute weißen Weizen 48 bis 54 Sgr., und gelben Weizen 47 bis 53 Sgr. Von Roggen waren die Offerten, und ganz besonders heute, beträchtlich, so daß am Schluß des Marktes Vieles unverkauft blieb; es gelten daher geringe Sorten 38 bis 39 Sgr., mittel 39½ bis 40 Sgr. und gute Qualitäten 40½ bis 41½ Sgr. Die Frage für Gerste ist nun merklich geschwunden, da unsere Brauer sowohl als die in der Umgebend sehr versorgt zu sein scheinen. Es müssen daher die Forderungen bedeutend herabgestimmt werden, wenn sich Käufer zeigen sollen. Man bezahlte heute 24 bis 27½ Sgr. dafür. Hafer würde zum Bedarf Nehmer finden, wenn Inhaber ihre Preise ermäßigen wollten, zu bedingen bleibt nur 20 bis 23 Sgr. Kocherbsen finden gar keine Beachtung, obgleich Abgeber sich williger finden würden; zu 40 bis 48 Sgr. würden genug zu haben sein.

Oelsaaten waren in diesen Tagen weniger offerirt. Es zeigen sich hier und in der Umgegend dafür Nehmer, jedoch nicht zu höheren Preisen. Es würde Raps 78 bis 81 Sgr., Sommerrübsen 60 bis 65 Sgr. und Leinsaat 50 bis 60 Sgr. holen. Der Umsatz von Kleesaat war trotz der Festtage in dieser Woche nicht unbedeutend; es waren viele Aufträge aus den Nachbarprovinzen eingegangen, die großentheils komplettirt wurden, weil die Offerten, besonders in rother Saat nicht unbedeutend waren. Weiße Saat fände ebenfalls Beachtung, wenn die Forderungen ermäßigt würden. Bezahlt wurde für rothe Saat 10 bis 11¼ Thlr., und weiße 5 bis 10¾ Thlr., feinste bis 11 Thlr. Wenn es auch in diesen Tagen nicht besonders lebhaft mit diesem Artikel sein wird, so wird der Grund wohl darin liegen, daß Käufer mit den Abschlüssen ihrer Bücher beschäftigt sind; nach dieser Zeit haben wir alsdann ein reges Leben zu erwarten. In Spiritus war es seit einigen Tagen ziemlich lebhaft, die Zufuhren waren unbedeutend, die Kauflust hingegen sehr gut, bedeutende Posten wurden à 7⅓ bis 7$\frac{5}{12}$ Thlr. bezahlt. Heute bleibt 7⅓ Thlr. mehrfach Geld und Inhaber halten Stich an 7¼ Thlr., wozu auch Kleinigkeiten begeben wurden. Auf Lieferung ist nicht gehandelt; pr. Frühjahr wird 8¼ Thlr. gefordert.

Rüböl bleibt flau, Einzelnes wird 11 Thlr. bezahlt; doch ist dies nicht allgemein zu bedingen.

In Zink wurde Einiges gehandelt und zuletzt 1500 Ctr. ab Oberschlesischen Bahnhof à 4 Thlr. 13 Sgr.; für loco Waare wird ferner 4⅓ Thlr. gefordert.

Breslau, 28. Dezbr. (Wollbericht.) In dieser Woche war der Umsatz des Festes wegen etwas schwächer, und es sind blos einige Pöstchen geringe galizische Wolle von 48—50 und etwas bessre zu 53 Rtl. verkauft worden; außerdem zahlte man noch für Gerberwolle 46—48 und für schlesische mittelfeine Sterblinge 56 bis 58 Rtl. (Br. Hdlbl.)

London, 21. Dez. Einem kürzlich veröffentlichten Parlamentsberichte zufolge beträgt die Anzahl der Baumwollen-, Wollen- und Seidenfabriken im vereinigten Königreiche 4330, darunter 3689 in England und Wales, 550 in Schottland und 91 in Irland. Im Ganzen werden in ihnen 25,638,716 Spindeln und 298,916 Maschinenwebstühle gebraucht. Die bewegende Dampfkraft ist 108,113, die Wasserkraft 26,104. Von Kindern unter 13 Jahren sind 21,137 Knaben und 19,638 Mädchen beschäftigt; vom 13. bis 18. Jahre 67,864 junge Arbeiter und 329,577 Arbeiterinnen. Die Zahl der erwachsenen Fabrikarbeiter beträgt 157,866, die Gesammtzahl der Arbeiter mithin 596,082, darunter etwa zwei Fünftel männlichen und drei Fünftel weiblichen Geschlechts.

Man schreibt aus dem Regierungs-Bezirk Trier: Die Schifffahrt war während des Oktober und November in Folge des hohen Wasserstandes sehr belebt, namentlich auf der Saar. Die Steingut-Fabriken zu Wallersangen und Mettlach erfreuen sich fortwährend reichlicher Arbeit; die Lederfabrikation ist ebenfalls noch immer im Schwunge. Der Kohlenabsatz auf den verschiedenen Steinkohlengruben ist sehr lebhaft; auf der Neunkirchengrube König und der neuen Grube im Holzlauer Thale werden täglich mittelst zweier Eisenbahn-Züge 8—9000 Centner Steinkohlen und Koaks nach der Pfalz ꝛc. befördert, wodurch jedoch nur ein Theil der eingegangenen Bestellungen befriedigt wird. Auf dem Bahnhofe zu Neunkirchen treffen seit Eröffnung der regelmäßigen Fahrten bis dahin ziemlich bedeutende Gütertransporte für Saarbrücken und die umliegenden Orte ein. Der Betrieb der Neunkircher Hüttenwerke war in der letzten Zeit schwunghaft, wenn auch bei herabgesetzten Preisen. (C. C.)

Inserate.

Bekanntmachung.

Daß außer den Nachtwächtern und den Marstall-Kärrnern, keinem der städtischen Unterbedienten der Neujahrsumgang gestattet ist, bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Breslau, den 10. Dezember 1850.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Bei dem herannahenden Jahreswechsel erklären wir uns abermals gern bereit, die anstatt der sonst üblichen Neujahrs-Gratulationen der hiesigen Armenkasse zugedachten milden Gaben, anzunehmen. Wir haben demnach veranlaßt, daß Letztere sowohl im Armenhause von dem Special-Verwalter Wiesner, als auch auf dem Rathhause von dem Rathhaus-Inspektor Keßler gegen gedruckte und numerirte Empfangsbescheinigungen angenommen, auch die Namen der Geber durch die hiesigen Zeitungen noch vor dem Eintritte des neuen Jahres bekannt gemacht werden sollen.

Breslau, den 10. Dezember 1850.

Die Armen-Direktion.

Städtische Ressource.

Das auf den 1. Januar fallende Konzert wird Freitag den 3. Januar stattfinden.

Theils wegen der Nähe des Neujahrsfestes, theils wegen Einführung des Gemeinderaths fällt die Versammlung der konstitutionellen Bürgerressource am Montag den 30. Dezember aus.

Theater-Nachricht.

Sonntag den 29. Dezbr. Dritte Extra-Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. Neu einstudirt: **„Faust."** Tragödie in 6 Aufzügen von Göthe. Musik von Lindpaintner.

(Für heute: Einlaß 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.)

Für die Monate Januar, Februar und März 1851 ist wiederum ein Theater-Abonnement auf 70 Vorstellungen eingerichtet worden. — Für diese 70 Vorstellungen werden Bons für je 2 Thaler im Werthe von 3 Thalern ausgegeben. Diese Bons sind im Theater-Bureau zu haben und können daselbst für die jedesmalige Tages-Vorstellung Morgens von 9—12 und Nachmittags von 2—4 Uhr umgetauscht werden.

K. 30. XII. 6. R. ☐ I.

(Statt jeder besonderen Meldung) empfehlen sich als Verlobte:
Pauline Friesner, geb. Kramsta,
Oskar von Montbach,
Lieut. im 11. Infanterie-Regt.

Henriette Rosenthal,
Carl Lubowski,
Verlobte.
Schweidnitz. Gleiwitz.

Rosalchen Perls,
Lazarus Poppelauer,
Verlobte.
Bjelschowitz. Tarnowitz.

Todes-Anzeige.
(Statt jeder besonderen Meldung.)
Heute Morgen verschied im 78. Lebensjahre an Altersschwäche der Stadtälteste Herr Christian Martin Meyer.
Breslau, 28. Dezbr. 1850.
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
(Statt jeder besonderen Meldung.)
Heute Morgen um 2 Uhr wurde uns unsere jüngere Tochter Johanna in dem Alter von 1 Jahr und 4 Monaten durch ein entzündliches Katarrhalfieber und hinzugetretene Zahnkrämpfe entrissen.
Diesen schmerzlichen Verlust zeigen wir mit der Bitte um stille Theilnahme, allen Verwandten und Freunden ergebenst an.
Ohlau, den 28. Dezbr. 1850.
Dr. Richter und Frau.

Todes-Anzeige.
Am 24. d. endete unser geliebtes Annchen in dem zarten Alter von 6½ Monaten an Zahnkrämpfen.
Um stille Theilnahme bittend, widmen wir diese Anzeige Verwandten und Freunden.
Breslau, den 28. Dezbr. 1850.
Moritz Bason und Frau.

Todes-Anzeige.
Theilnehmenden Freunden die traurige Anzeige, daß meine Frau Friedericke Bauer, geb. Beil, heute Morgen 6½ Uhr nach kurzen Leiden gestorben ist.
Breslau, den 28. Dezbr. 1850.
Moritz Bauer.

Todes-Anzeige.
Das heute Morgen 4½ Uhr erfolgte Ableben meiner geliebten Frau Melanie, geb. v. Frankenberg-Proschlitz, in ihrem 38sten Lebensjahre, an einem zum Scharlachfieber getretenen Nervenschlage, zeige ich hierdurch, unter Bitte stiller Theilnahme, ergebenst an.
Görlitz, den 27. Dezbr. 1850.
v. Schmidt, Major zur Disposition.

Im Verlage von **Johann Urban Kern**, Ring Nr. 2, ist erschienen und zu haben:

Agenda.
Notizbuch für jeden Tag des Jahres.
16. Gebunden. Preis 10 Sgr.
Empfiehlt sich durch billigen Preis und portative Einrichtung.

Aufforderung.
Alle diejenigen, welche zur Nachlaßmasse des hier am 19. Oktbr. d. J. verstorbenen Rentiers Herrn J. W. Festenberg Schulden abzutragen haben, werden hiermit nochmals dringend ersucht, solche binnen acht Tagen bei Vermeidung gerichtlicher Verfolgung an den Unterzeichneten zu zahlen.
Breslau, den 28. Dezember 1850.
L. Guttentag, Banquier,
Testaments-Vollstrecker.

Israelitischer Begräbniß-Verein vom Jahre 1844.
Zu der am 5. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im Fränkel'schen Hospital-Saale stattfindenden **„General-Versammlung"** zur Erstattung des Jahresberichtes und Wahl des Vorstandes für 1851 werden sämmtliche Mitglieder hierdurch eingeladen.

Zur Abschätzung von Nachlaßsachen, und die Aufnahme von Inventarien in der gesetzlich vorgeschriebenen Form, empfiehlt sich der vereidete Gerichtstaxator **D. Welsch**, Kupferschmiedestraße Nr. 32, eine Stiege.

Tanzunterricht.
Von Neujahr ab beginnt ein neuer Kursus von Tanzstunden, wozu sich noch Theilnehmer melden können: Schmiedebrücke Nr. 12, beim Tanzlehrer **Klemm.**

Tanz-Unterricht.
Mit dem 3. Januar beginnt bei mir ein zweiter Tanz-Kursus am Neumarkt Nr. 14.
Laurette Gebauer, Tanzlehrerin.

Verloren!
Am 27. d. Abends wurde vom Wintergarten bis auf die Schmiedebrücke ein goldner Broche mit einem Gemälde auf Perlmutter verloren. Der ehrliche Finder beliebe ihn gegen angemessene Belohnung abzugeben. Schmiedebrücke Nr. 20, 2. Etage.
Labitzky.

Paul Treutler, aus Neuweißstein in Schlesien, wird hierdurch aufgefordert, seinen Wohnort anzuzeigen, da er spurlos verschwunden ist.
Berlin, den 23. Dezember 1850.
v. d. Burg, Major.

Wintergarten.
Heute: **Abonnements-Konzert.**

Zahn's Lokal.
Tauenzienstraße Nr. 17,
Heute, den 29. Dezember
Großes Konzert.

Heute Sonntag den 29. Dezbr.
National-Konzert
der Sängergesellschaft R. Paul im grünen Adler, Schweidnitzerstraße. Anfang 7 Uhr.

Weiß-Garten.
(Gartenstraße Nr. 16.)
Heute, Sonntag, den 29. d. M., großes Nachmittag- und Abend-Konzert der Springerschen Kapelle, unter der Haupt-Direktion des königl. Musik-Direktors Herrn M. Schön.
Anfang 3½ Uhr. Ende nach 9 Uhr.

ODEON.
Sonntag den 29. Dezember
Concert der Philharmonie
unter Direktion des Herrn J. Göbel.
Anfang 3½ Uhr. Ende 8½ Uhr.

Sylvester-Ball
im Wintergarten.
Den 31. Dezember
maskirtes und unmaskirtes Ballfest,
arrangirt und unter der Leitung des Balletmeister Hasenhut. Während der Pause wird von Eleven der Balletschule eine Schlittschuh-Quadrille ausgeführt. Billets sind in der Hofmusikalien-Handlung der Herren Bote und Bock, Schweidnitzerstraße Nr. 8, bis zum Ballabend zu haben. Herren-Billets 15 Sgr., Damen-Billets 10 Sgr., an der Kasse Herren-Billets 20 Sgr., Damen-Billets 15 Sgr. Hierzu macht seine höflichste Einladung:
Leonhard Hasenhut,
Balletmeister.

Sylvester-Ball
im **Hartmannschen** Lokale, Tauenzienstraße Nr. 17. Gastbillets sind bei den Herren **A. Geisler** und **B. Illmer** zu haben.

Bergmanns Lokal,
Garten-Straße Nr. 23.
Heute, Sonntag, 29. Dez.: **großes Konzert.**
Entree à Person 1 Sgr.

In der Restauration
Ring Nr. 15, Nähe des Blücherplatzes, wird zu jeder Zeit à la carte gespeist.
Auch empfiehlt sich dieselbe mit einer Auswahl **Weine** wie auch aus- und inländischer **Biere.**
Letzner, Restaurateur.

Lobethal's
Lichtbild-Atelier
Oblauerstraße Nr. 9, 3. Etage.